

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2, Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit den illustrierten Sonntagsbeilagen „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Filmwelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Arbeiterwelt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 4. August 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Umsiedlung erwerbsloser Bergarbeiter

Entlastung des Ruhrreviers.

Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst wird aus dem Preussischen Wohlfahrtsministerium geschrieben:

Die ungünstige Wirtschaftslage im Ruhrgebiet, die nicht als ein vorübergehender Zustand anzusehen ist, sondern voraussichtlich zu einer dauernden Verschlechterung des Arbeitsmarktes führen wird, macht eine Entlastung dieses Gebietes durch Umsiedlung überzähliger Bergarbeiterfamilien in andere ausnahmefähige Provinzen notwendig.

Die Auswahl der Siedler erfolgt durch eine zentrale Stelle im Ruhrgebiet nach einheitlichen Gesichtspunkten. In Betracht kommen nur erwerbslose, berufsüberzählige Ruhrarbeiter, vor allem Bergarbeiter mit möglichst starker Familie. Die Umsiedler sollen auf mehrere Provinzen und zahlreiche Siedlungen verteilt werden, um eine größere Auswahl landwirtschaftlicher und industrieller Arbeitsstellen und damit leichtere Arbeitsvermittlung und eine leichtere Angliederung (Kirche, Schulen usw.) an schon bestehende Gemeinden zu ermöglichen.

Für die Förderung und Finanzierung der Siedlungen, bauten werden aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge niedrig verzinsliche Tilgungshypotheken von etwa 4000 M.

für jede Wohnung, und zwar ausschließlich für Eigenheime, zur Verfügung gestellt. Tilgung und Verzinsung dieser Förderungssumme sind den Bedingungen der Hauszinssteuerhypotheken angepasst (zurzeit 1 Proz. Verzinsung unter Auslegung der Tilgung bis 31. März 1930). Außerdem werden 4prozentige Zuschlagshypotheken gewährt, die auf die Dauer von 5 Jahren unkündbar sind.

Das erforderliche Gelände wird von den beteiligten Arbeitgebern kostenlos zur Verfügung gestellt. Sie bringen in der Regel auch noch einen verlorenen Zuschuß von 2000 M. je Wohnung auf. Eine Bindung der Umsiedler an einen Arbeitgeber ist nicht zulässig. Die Siedlungen müssen deshalb so gelegen sein, daß Arbeitsmöglichkeiten nach mehreren Richtungen hin vorhanden sind.

Auf dieser Grundlage ist in letzter Zeit bereits eine größere Anzahl von Umsiedlungen in die Wege geleitet worden; so im Ruhrrevier 300 Wohnungen mit Arbeitsmöglichkeiten im Steinfeldbergbau; in der Provinz Brandenburg 400 Wohnungen mit Arbeitsmöglichkeiten in der Industrie (Ziegeleien, Maschinenbau, Elektrizitätswerk u. a.) sowie in Forst- und Landwirtschaft; in der Provinz Westfalen 200 Wohnungen mit Arbeitsmöglichkeiten in der Bergbau-, Zement- und Tuchindustrie; in der Provinz Hannover (Nordhorn) 150 Wohnungen mit Arbeitsmöglichkeiten in der Textilindustrie und Landwirtschaft; in der Provinz Sachsen 285 Wohnungen mit Arbeitsmöglichkeiten in der Kunstseiden- und Farbindustrie.

Bayerische Rechtspflege.

Eine Liste von Ungeheuerlichkeiten.

Von Alwin Saenger.

Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Feme-morde hat schon bisher Material zutage gefördert, durch das die allgemeinen staatlichen und die besonderen rechtlichen Zustände in dem Bayern der letzten Jahre der Kritik unterstellt werden. Mit dem Fortgang der Ausschubarbeiten und dem weiteren Zerfall der Kräfte, die das Land Bayern so lange beherrschten, ist zu erwarten, daß die Wahrheit vorwärts schreitet. Nur ein Politiker, der die letzten Jahre das frivole Bestreiten von Tatsachen durch bayerische Amtsstellen in allen Einzelheiten miterlebt hat, kann den Beginn der Wandlung erfassen, der sich in dem Sage der Bayerischen Volkspartei-Presse ankündigt: „Die Sonne bringt es an den Tag!“ Dieses vielversprechende Wort wird im Dialog mit der deutsch-nationalen Regierungspartei gebraucht!

Die Sonne bringt es an den Tag! An einem besonders sinnfälligen Beispiel ist zunächst dieses Werden der Wahrheit nachzuweisen. Es ist heute einfach nicht mehr möglich, die illegale Fälschung von Pässen durch die Münchener Polizeidirektion zu vertuschen. Es steht fest, daß aus politischen Gründen Beschuldigten falsche Pässe ausgestellt wurden und daß dieses unter Mitwissen und Billigung verantwortlicher höherer Beamter geschah. Die Justiz ist in Bayern seit Jahren auf diese Pöfälschungen unter eingehender Mitteilung der Beweise hingewiesen worden. Die Tatsache, daß in der Münchener Polizeidirektion, die unter der verantwortlichen Leitung eines ehemaligen hohen bayerischen Richters (Pöhner) stand, derartige Pöfälschungen verübt wurden, ist ebenso katastrophal wie die andere, daß die bayerische Justiz bei der Aufdeckung dieser Amtsverbrechen in unerhörtem Ausmaße versagt hat.

Am 2. März 1921 wurde bei dem 1. Staatsanwalt des Landgerichts München I eine Anzeige gegen den Polizeipräsidenten wegen eines Verbrechen gemäß § 346 (Begünstigung im Amte) eingereicht. Eingehende Beweise waren für die Tatsache angeführt, daß der Polizeipräsident den wegen Weineidsverbrechen gesuchten Ehrhardt begünstigte. Der in der Anzeige angeführte Zeuge Dr. v. Kahr hätte unter seinem Eid bestätigen müssen, daß zwischen ihm und dem Polizeipräsidenten die Frage besprochen wurde, ob es zulässig sei, daß die Polizeidirektion München im „Falle Ehrhardt“ das Gesetz mißachte. (Nichtverhaftung des stechbriefflich Verfolgten; Ausstellung eines falschen Passes an Ehrhardt.) Der Anzeige wurde natürlich nicht stattgegeben; der zuständige Staatsrat des bayerischen Justizministeriums aber erklärte auf Befragen im bayerischen Landtag kurz: Die Sache sei im Justizministerium vollkommen unbekannt! Diese Erklärung war wohl selbstverständlich in einem Lande, in dem der heutige oberste Verwaltungsrichter Dr. v. Kahr selbst mit dem von Reichsbehörden wegen begangener Verbrechen gesuchten Kapitän Ehrhardt konspirierte.

Der gegenwärtige Staatsminister der Justiz in Bayern hat sich nun endlich entschlossen, im Prozeßwege ein Urteil über Bayerns Rechtspflege zu erlassen. Bis jetzt hat die verantwortliche Stelle zu all den Protesten, die aus der Not des Rechtsgewissens gegen die Beugung des Rechtes im Lande Bayern erhoben wurden, geschwiegen, ohne auch nur den Versuch einer Verteidigung zu wagen. Es ist eine undiskutierbare Selbstverständlichkeit, daß in dem Prozeß des bayerischen Justizministers der ganze Komplex „Bayerns Rechtspflege“ zur Diskussion steht; denn nur bei Erforschung der letzten Wahrheit über die Uebungen der bayerischen Justiz wird sich ja überhaupt er-messen lassen, inwieweit der jetzt im Einzelnen herausge-suchte Angriff, der zur Klage führte, grundsätzlich und im speziellen berechtigt war. Der Freistaat Bayern wird es unter seiner staatlichen, anderen deutschen Vändern gegenüber um so vieles kraftvolleren Würde halten, zu versuchen, die aufzustellenden Beweisjahre auch nur irgendwie zu beschneiden. Die ewigen Postulate von Recht und Unrecht, Gesetz und Willkür, um die hier gekämpft wird, sind zu groß, als daß eine kleine Leidenschaft sich hemmend in den Weg der restlosen Wahrheit stellen könnte; und „die Sonne bringt es ja doch an den Tag“. Tatsache wird nüchternen Sinns an Tatsache nach dem Imperativ der Gerechtigkeit gereiht werden und dann möge ein Urteil im Zusammenhang erstehen.

Aus der Fülle der Tatsachen aber, über die sich die Verantwortlichen im öffentlichen Gerichtssaal nicht aussprechen können, seien in Ergänzung des so lebhaften bayerischen Justizprotestes der letzten Tage nur folgende für heute nochmals unterstrichen:

Die Ausübung der Strafrechtspflege wurde jahrelang den bayerischen Volksgerichten überlassen unter bewußtem Bruch der klaren Bestimmungen des Art. 1 des bayerischen Volksgerichtsgesetzes vom 12. Juli 1919. Dieser unbestreitbare Rechtsbruch ist vor allem von dem jetzigen bayerischen

Vor allem den Franken stabil!

Darum Beschleunigung der Schuldenregelung.

Paris, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Poincaré hat den Präsidenten der Finanzkommissionen und Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten von Kammer und Senat mitteilen lassen, daß er, entgegen seiner bisherigen Absicht, möglichst rasch den Kommissionen die Ansicht der Regierung über die Regelung der internationalen Schulden vorzutragen möchte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Poincaré noch vor den Sommerferien mindestens das Londoner Schuldenabkommen Caillaux-Curchill ratifiziert sehen möchte. Die Ratifikation des Washingtoner Schuldenabkommens bleibt von einigen wesentlichen Abänderungen abhängig, über welche gegenwärtig verhandelt wird.

Poincaré, der sich bisher bis zu den Parlamentsferien auf die Durchführung des ersten Teiles seines Programms, nämlich die Ausbalanzierung des Budgets und die Tilgungsregelung der schwebenden Schulden beschränken wollte, scheint also eingesehen zu haben, daß die Währungsregulierung Hand in Hand mit der Ausführung seines fiskalischen Programms gehen muß und er neben dem zweiten Teil seines Programms die Stabilisierung der Währung nicht länger hinauschieben darf. Da nun die Regelung der auswärtigen Schulden eine der Grundfragen dieses zweiten Teiles der Sanierungsaktion bildet, dürfte sie nach Ansicht der Regierung nicht länger verschoben werden.

Die Frage wird nun sein, ob es den Kammern rein materiell möglich sein wird, die Durchsicht und Ratifizierung derartig umfassender Probleme wie das Londoner Schuldenabkommen noch vor den Ferien vorzunehmen.

Der Senat hat nach einer Rede Poincarés die Regierungsvorlagen angenommen.

Henry Simon lehnt eine Berufung durch Poincaré ab.

Paris, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Der radikalsoziale Abg. Henry Simon, Präsident der Finanzkommission der Kammer, hat das ihm von Poincaré angebotene Amt eines Präsidenten der Reparationskommission abgelehnt mit dem Hinweis, er ziehe es vor, seiner parlamentarischen Tätigkeit treu zu bleiben.

Wann wird die Besatzung verringert?

Paris, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Botschafter v. Hoersch hat nochmals bei Briand im Beisein des Generalsekretärs Berthelot wegen der Rheinlandbesetzung vorgesprochen.

Die deutsch-britische Luftfahrt.

Warum sich der Vertragsabschluss verzögert.

London, 3. August. (W.T.B.) Der Staatssekretär für die Luftfahrt Sir Samuel Hoare erklärte im Unterhaus, daß alle Bemühungen unternommen würden, um den Abschluß des geplanten deutsch-englischen Luftabkommens zu beschleunigen. Gegenwärtig werde es noch von den verschiedenen hierfür in Frage kommenden Regierungsstellen geprüft. Zur Erklärung der Verzögerung führte Hoare weiter aus, daß die Verhandlungen über

das Luftverkehrsabkommen zwischen Deutschland und England bereits weit fortgeschritten waren, bevor der kürzlich abgeschlossene deutsch-französische Luftvertrag entworfen war. Als der Entwurf fertiggestellt war, wünschten die deutschen Behörden, daß dieser und nicht der bereits vorliegende britische Entwurf als Grundlage für das deutsch-englische Abkommen benutzt werden sollte. Dies erforderte neue Beratungen über einen Wortlaut des Abkommens.

Kein Volksentscheid in Mexiko.

Ein kirchlicher Attentatsplan gegen Calles?

London, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Aus Mexiko wird gemeldet, daß Präsident Calles den Antrag der Erzbischöfe auf Durchführung eines Volksentscheids über die Maßnahmen der Regierung abgelehnt hat. Die kirchlichen Würdenträger suchen trotzdem weiter noch andere Möglichkeiten, eine Verständigung zu ihren Günstigen herbeizuführen. Die Aussichten hierzu sollen sehr gering sein, nachdem ein umfangreiches Komplott gegen den Präsidenten Calles aufgedeckt worden und festgestellt ist, daß die kirchlichen Führer diesem Attentatsplan nicht fernstehen.

Keine Wirkung des Boykotts.

Mexiko, 3. August. (Reuter.) Der von der „Liga zur Verteidigung der religiösen Freiheit“ angeordnete wirtschaftliche Boykott, der die Regierung zwingen soll, die Kirchengesetze abzuändern, hat bisher in Mexiko noch keinerlei Wirkung ausgeübt. Nach den aus verschiedenen Teilen des Landes eingetroffenen Nachrichten tragen die Bewohner der kleinen Städte und Dörfer Trauer und haben vor ihren Häusern schwarze Drapierungen angebracht. Aus Cordoba wird gemeldet, daß Arbeiter, die im Zuge durch die Straßen marschierten, um für die Regierungspolitik zu demonstrieren, als die Glocken zur Veiper geläutet wurden, der allen Gemohnheit entsprechend ihre Hüte abnahmen und beteten, während gleichzeitig Rufe ertönten: „Es lebe Calles!“

Moskauer Militärspieler.

Eine „rote Fremdenlegion“.

Moskau, 3. August. (Eigener Bericht.) Wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erfährt, ist in Moskau die 6. Brigade der „Roten Fremdenlegion“ aufgestellt, der außer Ungarn und Tschechen vor allem Deutsche angehören sollen, die ein besseres Bataillon bilden. Als Kommandeur wurde ein gewisser Kossa bestellt, der früher österreichischer Oberst gewesen sein soll. Der deutsche „rote Frontkämpferbund“ soll zu dieser Brigade eine ganze Anzahl seiner Mitglieder nach Moskau abkommandiert haben, die eine besondere „Ausbildung für den Bürgerkrieg“ genossen.

Wenn diese Nachricht stimmt, so dürfte es sich wohl nur darum handeln, daß die vor drohenden Prozessen usw. nach Rußland geflüchteten Kommunisten, die man dort erhalten muß, auch irgendwie zu beschäftigen, sei es auch nur in der leer mahlenen Mühle des (roten) Komm. In dem bisherigen russisch-französischen Industrie nicht viel los und dafür hat man genug Inländer.

Justizminister mit zu vertreten. Die bayerischen Ausnahme-gerichte, der einfachsten Rechtsgarantie entbehrend, wurden aus außerhalb des Gesetzes liegenden Zweckmäßigkeits-erwägungen rechtswidrig Jahre hindurch beibehalten. Hierdurch entwickelten sich in der bayerischen Justiz Zustände, daß einer der angesehensten deutschen Staatsrechtslehrer nach dem Hitler-Putsch schreiben mußte:

„Der Mann (Kahr) aber, der am 8. November feierlich seine Zustimmung gegeben hat, am anderen Tage allerdings diese Erklärung als nicht ernsthaft gemeint hingestellt hat, aß heute noch... als Inhaber der vollziehenden Gewalt mit diktatorischen Befugnissen und erteilt den ihm unterstellten Staats-anwälten Weisungen zur Verfolgung seiner früheren Verbündeten.“

Dieser Rechtsstand ist von dem Justizminister Dr. Görtner durchaus gebilligt worden!

Der gleiche Staatsrechtslehrer hat der bayerischen Rechts-pflege diesen schweren Vorwurf gemacht: „Hitler konnte am 1. Mai 1923 ein bewaffnetes Lager auf dem Exerzier-platz Oberwiesenfeld aufschlagen und ungestraft land-friedensbruchartige Handlungen vornehmen.“

Der ehemalige liberale Justizminister Müller hat im Landtag festgestellt, daß die bayerische Justiz nicht gegen nationalstaatliche Sturmtruppen einschreite, obwohl das qua-sifizierte Vergehen des § 128 RStGB zweifellos vorliege. Im Hitler-Prozess selbst wurde das Recht mehrfach so ge-braucht, daß ein angesehenen deutscher Rechtslehrer in der „Deutschen Juristenzeitung“ feststellte, in Bayern herrsche in der Anwendung des Gesetzes reine Willkür. Die am 5. März 1922 erlassene bayerische Justizministerialvorschrift über Anwendung der Bewährungsfrist ist in zahlreichen Fällen bewußt und planmäßig aus politischen Gründen von bayerischen Gerichten mißachtet worden.

Die bayerische Justiz ist nicht gegen die nationalstaatliche Presse eingeschritten, die im März 1920 zum Anschluß an die Kapp-Regierung aufforderte, obwohl nach der eindeutigen Rechtsprechung der obersten Gerichte Ver-bredchen des hochverräterischen Vordereitens gemäß § 86 RStGB vorliegen. Der deutschnationale Vorgänger Dr. Görtner hat ausdrücklich im bayerischen Landtag die Re-aktionsbeugung gebilligt, daß gegen einen Bürger-meister der Reichsparteien nicht eingeschritten wurde, der gemäß § 110 RStGB zum Ungehörig gegen Reichsgesetze aufgefordert hatte. Unter Vorlage zahlreicher originaler Presseerzeugnisse wird nachzuweisen sein, daß gegen nationa-listische Blätter nicht eingeschritten wurde, die zweifellos strafbar zum Klassenhaß aufgereizt hatten (§ 130 RStGB); hingegen wurde gegen sozialistische Blätter rüch-sichtslos vorgegangen.

Die bayerische Rechtspflege ist nicht eingeschritten gegen Staatsbeamte, die für eine Begünstigung der Erz-berger-Mörder eintraten. Die bayerische Justiz hat gegen die Personen nichts unternommen, die im März 1920 in Münchener Kasernen offen den gewalttätigen Sturz des Kabinetts Hoffmann verlangten; sie hat es bewußt un-terlassen, die in diesem Fall notwendigen Zeugen zu vernehmen. Unter Beugung des Rechts hat die bayerische Justiz es unternommen, die verbrecherische Meu-terei des Generals v. Lossow und seiner Mitschuldigen strafrechtlich zu verfolgen.

Ueber diese und weitere Tatsachen — für heute wollen wir die Riste der Beweisobjekte und -subjekte schließen — wird in — Berlin gesprochen werden. Die bayerische Staatsgewalt wird wissen, wem die endliche, letzte Ent-scheidung über Tragödie des Rechts in Bayern zum Nutzen gereicht.

Verdächtige Fragen.

München, 3. August. (Eig. Drahtbericht.) Die deutschnationale „München-Augsburger Abendzeitung“ fordert in ihrer Dienstag-nummer den Genossen Paul Bedi auf, ihre vor zirka 8 Tagen an den „Vorwärts“ gerichteten Fragen in der Gemein-angelegenheit zu beantworten. Sie entrüstet sich darüber, daß der

„Vorwärts“, anstatt die Fragen zu beantworten, eine Reihe ihr offensichtlich sehr unangenehmer Gegenfragen gestellt habe. Bedi müsse doch alles sehr genau aus den Akten wissen. Bedi Angriffe auf den bayerischen Justizminister will das Blatt solange als „wider besseres Wissen geführt“ bezeichnen, bis Bedi geantwortet habe. Besonders verärgert ist das deutschnationale Organ, weil auch demokratische Zeitungen außerhalb Bayerns die „Verleumdungs-kampagne gegen Görtner“ unterstützen. Zum Schluß meint das Blatt, daß die bayerische Regierung zur Beantwortung der sozialdemokra-tischen Anfrage im bayerischen Landtag unbedingt die Akten benütze, die sich in den Händen Bedis befinden. — Wir haben schon einmal auf die verdächtigen Fragen geantwortet, daß es Sache des bayerischen Justizministeriums ist, sie erschöpfend zu beantworten.

Das Zentrum und die Republik.

Geständnisse und Wünsche.

Das Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags, Abg. Andre-Stuttgart beschäftigt sich in der „Germania“ mit der Stellung seiner Partei zum Reichsbanner. Er gibt zu, daß es ebenso wie des Reichsbanners so auch des Zen-trums Aufgabe sei, die Anhänger im Geist der republika-nischen Verfassung zu erziehen. Dabei macht er für seine Partei eine interessante Einschränkung, die schon in einer Betrachtung der „Germania“ zum zweiten Aufruf Births zum Ausdruck kam:

„Dabei verlangen wir nicht von jedem unserer Anhänger, daß er ein Gefinnungsrepublikaner ist. Je mehr aber die politischen Verhältnisse konsolidiert werden, desto mehr wird auch die gesamte Zentrumsfraktion sich mit der republikanischen Staatsform abfinden und das alte Vaterland in seiner neuen Staatsform achten und lieben lernen.“

Vom Reichsbanner verlangt Abg. Andre, als das zu unterlassen, was geeignet ist, einen starken Gegensatz zwischen sich und der Zentrumsfraktion als der deutschen Ver-fassungsparterie zu schaffen. Eine einseitige Festlegung wie in der Fürstenerfrage müsse in Zukunft vermieden werden. Die soziale Einstellung des Zentrums dürfe nicht verdächtigt werden:

„Das Zentrum hatte als verantwortliche Regierungspartei auch auf die Erhaltung und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft Rück-sicht zu nehmen und konnte deshalb nicht einfach die vielen sozialdemokratischen Agitationsanträge auf sozialem Gebiet akzeptieren. Auch hierin zeigt es sich, wie ungesund die Entwicklung der letzten Jahre war; die Sozialdemokratie als stärkste Partei im Reich stand außerhalb der Verant-wortung, sie suchte ihre Partei zu stärken und überließ alles Unangenehme dem Zentrum und seinen Ministern.“

Auf religiösen Gebieten habe das Reichsbanner wahre Toleranz auf dem Boden voller Gleichberechtigung zu üben. Die Republik sei in dieser Hinsicht weitherziger ge-wesen als die Monarchie. Das Zentrum erstrebe nichts als Gleichberechtigung unter Ablehnung des konfessionellen Habers. Die gesamte Arbeiter- und Angestelltenfraktion fühle sich zwar als Träger der neuen staatlichen Ordnung:

„Wenn aber ein Mann wie Dr. Birth schwere Gefahren herauszulesen sieht in dem Sinne, daß ein ganz erheblicher Teil der deutschen Arbeiterschaft wieder staatsfremd, ja staatsfeindlich eingestellt werden kann, so ist es Aufgabe des Reichsbanners, hierin nach dem „Rechten“ zu sehen.“

Die Ausführungen des Abg. Andre ergeben keine un-überbrückbaren Gegensätze zwischen Reichsbanner und Zen-trum. Wenn sie sich zum Teil in etwas gereizten Zuspitzungen gegen die Sozialdemokratische Partei und die Reichsbanner-führung verlieren, so wird man das nicht allzu tragisch zu nehmen brauchen. Dieser Unterton läßt deutlich erkennen, daß sich die Ermahnungen nicht so sehr an diese Instanzen wenden, als an die Unzufriedenen in der eigenen Partei. In der Tat ist es so gewesen, daß gerade in den vom Abg. Andre angeführten Fällen ein großer Teil der Zentrumsanhänger links von der Politik der Zentrums-fraktion zu finden war.

Wenn Abg. Andre vom Reichsbanner verlangt, die Arbeiter- und Angestelltenfraktion vor Staatsentfrem-dung zu bewahren, so sollte er an sein eigenes Geständnis denken, daß ein Teil der Zentrumsanhänger sich nur als Zwangsrepublikaner fühlt. Der Arbeiter und Angestellte bekennt sich zur Republik und das Reichsbanner hat es in dieser Frage nie an der notwendigen Offenheit fehlen lassen. Was aber den Arbeiter und Angestellten befremdet, das ist die Staatsfremdheit und Staatsfeindschaft weiter Kreise der oberen Verwaltungs- und Justizbeamten und eines Teils der Wirtschaftsmagnaten. Vom Arbeiter eine Staatsgefinnung und Staatsfreude zu ver-langen, die man von einem Teil der eigenen Anhängerfraktion nicht verlangt, ist ungerecht. Erziehung zur Republik — sehr gut! Aber dann muß der Hebel dort angefaßt werden, wo es am notwendigsten ist.

Der Dank für die Milde.

Unerhörte Angriffe des Hannoverschen Nabaustudenten Pöhlmann auf den Kultusminister.

Bonn a. Rh., 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf der vierten Vollstufung des Studententages in Bonn kam es zu einer Aufrollung des Falles Lessing-Hannover, wozu einer der Haupthelden des da-maligen Studentenstands, der Student Pöhlmann, ein Referat über diese Angelegenheit hielt. Er erging sich dabei in seinen un-sachlichen Ausführungen, die selbst rechtsstehende Kreise als un-objektiv bezeichnen mußten, in den größtmöglichen Belei-digungen gegen den preussischen Kultusminister. Er nannte die Be-leugung des Konfliktes einen Kuhhandel, den die Regierung getrieben habe. Ueber den Minister Becker äußerte er sich wörtlich folgender-maßen:

Der Herr Minister hat die Studenten in unerbotener Hast an den Staatsanwalt denunziert. Unter der Staatsautorität stellen wir uns etwas anderes als den Kultusminister Becker vor. Er hat in weiterrücklichem Geist gehandelt. Der Herr Minister hat die Autorität seines hohen Staatsamtes untergraben. Der Minister hat bewiesen, daß er kein Herz für die akademische Jugend hat. Der Herr Minister sieht die Studenten als Staatsstipendiaten an. Zum Schluß gebrauchte er den Vergleich, als ob der Minister durch Empfang seines Gehalts Träger einer geistigen Inva-lidenrente geworden wäre. Die Methoden des Kampfes ver-suchte der Redner als harmlosen Bieruck hinzustellen. Zu einer Prügelei sei es niemals gekommen, die aber — wie er wörtlich sagte — die geeignetste Behandlung für einen solchen Mann (wie Lessing) ist.

Nach dem Referat stellte ein Heidelberger Student einen Gegenantrag, worin der Auszug der Hannoverschen Studenten nach Braunschweig und der Streikbeschluss im Sinne der Waffen-studenten als unakademisch bezeichnet wird. Die Vertreter der bayerischen Studentenschaften stellten darauf einen Gegenantrag, der in den unerhöchlichsten Gehwörten den ganzen Fall Lessing noch einmal aufrollt und zu den Entschuldigungen des Kultusministeriums im Falle Lessing in unerhörter Weise Stellung nimmt. Der letzte Antrag fand denn auch, wie nicht anders zu er-warten war, Annahme.

Diese ganze Angelegenheit sollte dem Preussischen Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung endlich Veranlassung geben, rücksichtslos durchzugreifen und den preussischen Hochschülern end-gültig verbieten, einem völkischen Verbände, wie der Deutschen Studentenschaft, überhaupt anzugehören.

Kongress der religiösen Sozialisten. Unter zahlreicher Beteiligung aus dem ganzen Reich trat am Montag die Arbeitgemeinschaft der religiösen Sozialisten Deutschlands in Weersburg (Wobenssee) zu ihrem 3. Kongress zusammen. Die viertägigen Verhandlungen beschäftigten sich mit dem Verhältnis des religiösen Sozialismus zum Protestantismus, Katholizismus, Freidenkertum und zur sozialistischen Kultur-bewegung.

Ein russisch-mongolischer Flugvertrag, der Rußland das Anopol sichert und es zur Ausbildung und Materialversorgung mongolischer Flieger verpflichtet, ist abgeschlossen. China und Japan haben in Urga dagegen protestiert.

Ein „Sommernachtsstraum“ in Heidelberg.

(Zu den Heidelberger Festspielen.)

Hinweggeweht ist die rote sommerliche Glut des Juss. Stiller und herber ist schon die Luft und leer von dem Gessum der Rücken, die sonst in der Abendsonne leichten Strahlen ihren Regeln schwirren. Voll von dichtem schweren Laub und von Früchten behangen stehen die Bäume am Wege — herbstbereit! Und über dem Redar liegt der silberne Nebel einer frühen Abenddämmerung. Wie zur guten Nacht sind die grünen Berge des Odenwaldes für den Blick des Wanderers näher an die Stadt gerückt, in der die ersten Dichter aufblühen. Und oben im Dunkel birgt das zerfallene Schloß die Wunder der kommenden Nacht. Hinter seinen Ruinen huscht es, und gedämpftes Raunen klingt aus ihnen... es ist, als hätte ein loses Nachtwölchlein, der großen Schönheit des Ortes kundig, sich in die leeren Mauern eingemischt.

Da horch, eine leise Musik gleitet in den Schloßhof hinein, läßt die letzten Stimmen verstummen und überflutet die Menschen mit dem Frieden der ewigen Kunst. Vertraut ist nun der laute Tag — der Traum hat jetzt Raum, und der Zauberer Shakespeares schüttet ihn beglückend über Landschaft und Menschen, füllt mit ihm Nacht und Herzen. Sommernachtsstraum!

So, und nun kann das Spiel vom Traum beginnen. Menschen warten, guten Willens, ihn mitzuträumen... Ein dumpfer Gong-schlag ertönt, Lichter strömen an die Treppen. Liebende, des Traums verwöhnte Schutzfinder, steigen, in lichte, blumenhaft zarte und schöne Nachtfarben gekleidet, aus des Schloßes Räumen in den Garten, so sich anschlängelnd an den Charakter der Landschaft und ohne viel künstliche Lichteffekte voll tiefer Wirkung.

Nach sind die Mauern, von Nachtschatten hell beleuchtet, der Szenerie günstig, aber dann verschwinden auch sie bald in der dunklen Nacht, und übrig bleibt nur noch das grüne Moos, bereit für den Schwebelanz der zarten Nachteisen.

Immer mehr entrückt die Wirklichkeit. Kein Theaterzettel knittert. Roman interessieren erst wieder nach der Geisterstunde. Hier herrschen nur Oberon und Puck mit der Blume des Wanders und des Dichters, der ihre Zaubergestalten erfand. — Vergessen ist die Technik des Bühnentheaters — der Traum ist vollkommen! Und Liebe, Schalk, Schreden und süße Erfüllung wandeln auf Zaubersüßen durch den Wald, hierhin und dorthin huschend und lassen ihre Wunder über den Menschenkindern walten.

Und und Oberon, wo seid ihr in anderen Nächten? Fliegt doch über die Städte und Dörfer auch sonst und träufelt aus eurer Wunderblume den heilsamen Saft auf die Ruh- und Friedlosen! Auch selbst den Eiselstopp dürft ihr manchmal aufsehen, der seine Grenzen nicht kennt! Bleibt, bleibt, verschwindet nicht... Doch für diese Nacht habt ihr wohl eure Tat vollbracht — habt über Menschen glücklich gemacht — nein, mehr, viel mehr! Seht auf die Menschen, die im Dunkel der Nacht auf eure Lichtgestalten schauen,

auf eure Worte lauschen. Hört in euren menschlicheren Verstanden ihren Beifall und jüret ihnen nicht, daß sie damit nach Menschenart die Weiße eures Spiels nicht lange genug ausstlingen ließen.

Wieder tauchen nun die Mauern des Schloßes auf. Dunkel liegt der Rosenplatz, noch eben der Lummelstanz der Geister, im Schatten der alten Riesenbäume. Aus den Fensterritzen des Schloßes starrt Veere — der letzte Ton der Musik ist verhallt. Die Menschen drängen aus dem Hof, ihre Augen leuchten, ihre Lippen sprechen dankende Worte, und unten liegt, dem Auge wieder näher, in traumhafter Schönheit die Stadt, von der Höhe des Schloßberges bis an den Redar sich schlängelnd. Esther Wangenheim.

Unser neuer Roman. Was Léon Frapié in seinem Pariser Dienstmädchenroman „Die Figurantin“ gibt, ist in mancher Hinsicht ein Gegenstück zu Clara Liebig's Roman „Die Passion“, den wir im vorigen Jahre drachten. Nur daß der französische Autor nicht einen Ausnahmefall, sondern ein mehr alltägliches Schicksal seiner Darstellung zugrunde legt. Und daß nicht deutsche, sondern eben typisch Pariser Zustände Rahmen und Hintergrund der Erzählung bilden. Der mannigfaltig wechselnde Ort der Geschehnisse gibt über-dies Gelegenheit, den Leser einen Blick in das Familienleben zahlreicher Pariser Bevölkerungsklassen und Berufsstände tun zu lassen und interessante soziale Milieuschilderungen in zahlreichen padenden Bildern zu entrollen.

Der „typische Verbrecherhader“. Wie Theorien durch über-spannte und irrtige Schlußfolgerungen späterer Nachfolger in Miß-kredit gebracht werden können, hat die Lehre Lombrosos, aus der Schädelform die Veranlagung zu einer bestimmten Art des Ver-bredchens zu erschließen, erfahren müssen. Denn als einer seiner Schüler, Dr. Charles Goring, nach Messungen, die er an 800 Ver-bredchern vorgenommen hatte, glaubte, den vermeintlichen „typischen Verbrecherhader“ glücklich konstruiert zu haben, stellte sich bei den darauf an einem Bataillon der englischen Genietruppe veranstalteten Schädelmessungen heraus, daß die hier festgestellten Abweichungen von jenem Typus durchaus minimale waren. Die Verfechter der Lehre des Dr. Goring hätten demnach in allen diesen Soldaten Ver-bredcher sehen müssen. Ganz anderer Art sind die Folgerungen, die, ebenfalls auf der Lehre Lombrosos basierend, der bekannte amerika-nische Psychoanalytiker Dr. Adolph Mollateler zieht. Dieser Ge-lehrte glaubt, mittels seiner Lehre aus dem Körperbau und der Ent-wicklung des Gehirns bei einem jeden Menschen feststellen zu können, ob bei ihm eine verbrecherische Anlage vorhanden ist, ja selbst bei Kindern von 10 und 14 Jahren vorherzusagen zu können, ob und nach welcher Richtung sich eine solche Veranlagung entwickeln wird. Dieser Theorie steht die aus der praktischen Erfahrung gewonnene Behauptung vom typischen „Kuge des Mörders“ gegenüber, die von vielen Detektiven immer wieder aufgestellt wird. Freilich hat nach keiner von ihnen eine befriedigende Beschreibung zu geben vermocht, worin dieser Typus eigentlich besteht. Die erfahrensten Detektive begnügen sich mit der Behauptung, daß in diesem Kuge ein unbeschreiblicher Ausdruck der Schuld und zugleich die Furcht vor der Entdeckung schlummere.

Wochenende. Wochenende! Eine starke, Wertantismus und Idealismus mischende Strömung unserer Tage. Für den Schaffenden beinahe eine Notwendigkeit in einer Zeit, die mehr als je dazu drängt, sich wieder der Natur zu nähern, körperliche Ausspannung und geistige Loslösung außerhalb der gewohnten Beschränkung zu suchen.

Ein tiefes Aufatmen in leichter Atmosphäre, ein Erlebnis im Glanze köstlicher Erwartung und leichter Abenerwartlichkeit, das das Lebensgefühl an Glück gewinnen läßt. Zerlebende Holt beruhigt sich zu verholtenen Stille. Dumpfes Gleichmaß löst sich in einem be-schwingenden Gefühl von Freizügigkeit. Lange eine Dase für Be-vorzugte und für die Masse nur die Luftspiegelung eines geliebten Landes. Heute unter ökonomischem Zwang das Schlagwort des Ver-lestes und Berzehrsmensens, das der stadtmüden Sehnsucht reichlich spä entgegenkommt. Bei der kulturellen und sozialen Bedeutung dieses stark und hell stehenden Quells der Erholung möge er durch rationale Fassung sich stetig und unabhängig von wirtschaftlichen Augenblickskonjunkturen weiter entwickeln zu einem Gesundbrunnen für alle Schaffenden. Zur intensiven Arbeit gehört ein Wochen-vorrat an Geschehenem und Erlebtem. Keine einzeln aufgefängene Notize, die sich zu einer Musik vereinen, deren reine Akkorde über den Dissonanzen des Großstadtlärms und der Alltagsorgen schweben.

Das hamburgen Heinrich-Heine-Denkmal. Im Hamburger Stadtpark ist jetzt das Heinrich-Heine-Denkmal von Hugo Lederer, das seit mehreren Jahren in der Kunsthalle aufbewahrt wurde, auf-gestellt worden. Mitte August soll die feierliche Enthüllung im Beisein des Schöpfers und des Oberbürgermeisters Peterlen statt-finden. Die ganze Denkmalsanlage ist schon vor dem Kriege von dem Architekten Schumacher entworfen worden. Auf einem altarartigen Aufbau erhebt sich das Denkmal, umgeben von einer doppelten Linden-reihe. Sechs Stufen führen auf beiden Seiten empor. Ein Weiber erstreckt sich vor dem Denkmal. Professor Lederer, der vor einigen Tagen in Hamburg weilte, äußerte seine volle Zufriedenheit mit der Anlage.

Livingstones Baum. Im Tanganjika-Gebiet hat man kürzlich in Ujiji eine Stätte eingeweiht, die dem Andenken des großen Afrika-reisenden Livingstone gewidmet ist. An dieser Stelle war es, wo vor 54 Jahren Stanley den großen Forscher auffand, der nach fünf-jährigen Reisen im Schwarzen Erdteil in einem Zustand tiefer Er-schöpfung bis hierher gelangt war. Livingstone war damals schon seit Monaten verschollen. Stanleys ikonische Begrüßung: „Dr. Livingstone, nehme ich an?“, als er endlich den Gläubigen in der afrikanischen Einsamkeit Auge in Auge gegenüberstand, ist historisch geworden. Die Begegnung fand statt unter einem Mangobaum, unter dem der erschöpfte Livingstone ausrubte, und um diesen Baum haben die englischen Beamten des Gebietes ein Gehege errichtet, um die Erinnerung an das Ereignis wach zu halten.

Kaukasische Filme. Die staatliche Filmdirektion der georgischen Sowjetrepublik im Kaukasus wird zum Beginn der Winterzeit 5 Filmdramen fertiggestellt haben. Eines davon ist nach der Komödie „Ein Held unserer Zeit“ von Vermonow verfaßt, deren Handlung bekanntlich im Kaukasus spielt. Die Manuskripte, der vier anderen Filme stammen von einheimischen georgischen Dichtern. Auch die Regisseure sind Georgier.

Konflikt in der Moskauer Internationale.

Sinowjew — das Prinzipienloske vom Prinzipienloske.

Die Maßregelung Sinowjews ruft Rückwirkungen in der Moskauer Internationale hervor. Die kommunistische „Volksmacht“ schreibt:

Trotz des Beschlusses der Erweiterten Exekutive der Komintern über die Nichtübertragung der Diskussion in die ausländischen Bruderparteien dehnte die Opposition unter Führung des Genossen Sinowjew ihre antileninistische, spalterische Tätigkeit auch auf die anderen Sektionen der Komintern aus. Es gelang ihr bewundernswürdig, den Apparat des ERK für ihre Fraktionsarbeit sowohl in der Sowjetunion, als auch in internationalen Maßstäben zu mißbrauchen. Die Opposition verfuhr in den letzten Wochen in der Komintern einen ähnlichen Bloß aller ultrarechten und ultralinken Abweichungen zu schaffen, wie in der K. P. d. S. U. Genosse Sinowjew, einer der Führer der kommunistischen Internationale, hat sich durch den Uebergang zum Trozkismus auch die internationale Plattform Trozkis und Rabels zu eigen gemacht.

Der neue oppositionelle Bloß gegen den Leninismus ist, sowohl was seine geistig-politischen Grundlagen, als auch was seine praktische Tätigkeit betrifft, die prinzipienloske aller prinzipienlosen Gruppierungen. Sein Kampf richtet sich gegen die Einheit der Leninischen Partei, gegen das Fundament der proletarischen Diktatur und gegen die Interessen der kommunistischen Weltpartei. Genosse Sinowjew, auf dessen Vorschlag hin der fünfte Weltkongreß die Resolution des 13. Parteitag der K. P. d. S. U. über den Trozkismus seinen eigenen Beschlüssen und seinem Protokoll einverleibt, hat durch den Uebergang zur Plattform der trozkistischen Opposition die Beschlüsse der kommunistischen Internationale durchbrochen. Seine Haltung bedeutet den Versuch einer Liquidierung der Linie des fünften Weltkongresses zugunsten der verurteilten Linie Trozkis und Rabels.

Die Abweichung des Genossen Sinowjew von den Beschlüssen der kommunistischen Internationale, sein Versuch, die Fraktionsarbeit auf die Parteien der Komintern zu übertragen, die von ihm unterstützte Tendenz zu einem internationalen Bloß aller antileninistischen Elemente von Urbahns bis zu Souvarine stellen auch die Komintern vor sehr ernste Fragen, die auf dem nächsten Weltkongreß ihre Lösung finden müssen.

Es geht in der Moskauer Internationale nicht ohne Kräfte. Erst spricht Sinowjew den Bannfluch über die Abweichungen der K. P., jetzt wird über seine Abweichung der Bannfluch ausgesprochen. Gibt es überhaupt in den Komintern noch einen Richtversuch?

Bayern gegen Coburg.

Die Sonderrechte sollen beschnitten werden.

Die bayerische Regierung hat in einer Entschliessung vom 13. Mai den Stadtrat Coburg aufgefordert, die Coburger Sparkasse anzuweisen, ihr Geschäftsbereich umzuwickeln, ihren Geschäftsbereich wie vor dem Kriege einzuhalten, die Filiale Rürnberg innerhalb zweier Monate auszulösen und weitere Filialen außerhalb des Coburger Bezirkes nicht mehr zu errichten. Diese Entschliessung bedeutet einen glatten Bruch der vor ungefähr sechs Jahren den Coburgern eingeräumten Sonderrechte. Es heißt nämlich in dem bayerisch-coburgischen Anschlußvertrag: „Die Sparkassen des Freistaates Coburg werden in der bisherigen Art ihres Geschäftsbetriebes nicht beschränkt. Ohne ihre Zustimmung können auf sie die bayerischen Grundbestimmungen über die Sparkassen nicht erstreckt werden.“ Ministerpräsident Dr. Held versicherte vor nicht gar langer Zeit Vertretern und Abgeordneten des Coburger Bezirkes gegenüber ausdrücklich, daß die bayerische Regierung in gar keiner Weise in die Rechte der Coburger Kassen eingreifen und den Staatsvertrag unter allen Umständen respektieren werde.

Trotzdem kam der Erlaß der Staatsregierung, der das genaue Gegenteil dessen will, was der Ministerpräsident versichert und was im Anschlußvertrag zugesichert ist. Darüber herrscht im ganzen Coburg bei allen Parteien große Entrüstung. In Entschliessungen des Stadtrats und in Versammlungskundgebungen wird einhellig gegen diesen Bruch des Vertrages Stellung genommen. Sozialdemokratische wie bürgerliche Stadtratsfraktionen haben in Resolutionen zum Ausdruck gebracht, daß das rechtlich und moralisch vollständig unhaltbare Vorgehen der Staatsregierung nicht ohne politische Folgen bleiben und man sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das Anfeinden der Regierung wenden werde, daß einen Verstoß gegen den Sinn von Treu und Glauben, sowie gegen den Staatsvertrag selbst bedeute.

Man darf gespannt sein, wie sich die Münchener Nachbarn, die keine Gelegenheit versäumen, um über den Zentralismus in Berlin zu wettern, aus dieser heißen Angelegenheit zurückziehen werden.

Mieterschutz für Arme!

Soziale Reformen der neuen Mecklenburger Regierung.

Schwerin, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Das mecklenburgische Staatsministerium erließ eine Verordnung zur Ausführung der Mietzinssteuerverordnung, die eine wesentliche Verbesserung gegenüber der Mietzinssteuerverordnung der gestürzten Regierung bedeutet. Der Kreis der Hilfsbedürftigen Personen ist nunmehr fest umrissen, so daß den Wohlfahrtsämtern die riesige Arbeit der Nachprüfung aller einzelnen Anträge erspart bleibt. Die Einkommensgrenze der Hilfsbedürftigen ist von 720 Mark auf 1000 Mark heraufgesetzt worden. Im allgemeinen sind als Hilfsbedürftige anzusehen: Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, die eine öffentliche Unterstützung oder eine Zufahrt erhalten, Erwerbslose oder andere bedürftige Personen und namentlich kinderreiche Familien, die die volle gesetzliche Miete (101 Proz. der Friedensmiete) nicht zahlen können. Die Unterstützung beträgt ab 1. Juli 35 Proz. der Friedensmiete (bisher 26 Proz.). Die Wohlfahrtsämter sind angewiesen, die Unterstützungen so rechtzeitig zu zahlen, daß der Hilfsbedürftige die Beträge am Tage der Mietzahlung zur Verfügung hat. Mit dieser Verordnung ist dem großen von der deutschen Regierung geschaffenen und trotz aller Beschwerden aufrechterhaltenen Mangel abgeholfen, daß die Kermisten der Armen die Mietzinssteuer zunächst von ihren eigenen Unterstützungen zahlen mußten, um erst nach Monaten die Beträge zurückerstattet zu erhalten.

Das mecklenburgische Kultusministerium hat auch die rückschrittlichen Bestimmungen der reaktionären Regierung Brandenstein betr. die äußere Heiligung der Sonn- und Festtage aufgehoben. Nach dieser Verordnung sind künftig Bälle und ähnliche Lustbarkeiten an den Vorabenden der Sonn- und Festtage und an den

Das Magdeburger Dunkel.

Neues Verfahren gegen Schröder. — Der Oberstaatsanwalt arbeitet selbständig.

Magdeburg, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhaftung der Frau des Schröder in Köln ist im Auftrage des Oberstaatsanwalts in Magdeburg erfolgt. Dieser Vorgang ist um so überraschender, als die Staatsanwaltschaft den Berliner Kommissaren erklärt hatte, der Untersuchungsrichter habe ihnen ausdrücklich unterlagt, irgendwelche Aufträge an die Berliner Beamten zu erteilen.

Die amtlichen Stellen in Magdeburg und auch die Gerichtsbehörden verweigern jede Erklärung für das widerspruchsvolle Verhalten der Staatsanwaltschaft. Augenblicklich hängt das mit einer neuen Anzeige gegen Schröder-Böhe zusammen, die neue Entschlüsse notwendig machte. Landgerichtsrat Kölling führt die Untersuchung gegen Schröder bis heute noch immer nur wegen Betruges, Urkundenfälschung und Diebstahl. Durch eine neue Anzeige gegen Schröder-Böhe wegen Mordes ist die Staatsanwaltschaft veranlaßt, ein neues Verfahren in Gang zu bringen und von sich aus die notwendigen Ermittlungen anstellen zu lassen. Jedemfalls arbeiten die Berliner Kriminalbeamten jetzt im Auftrage des Oberstaatsanwalts Rasmus, der, nachdem er kürzlich aus dem Urlaub zurückkam, sich persönlich um die Bearbeitung der Mordsache Helling bemüht.

Der Stahlhelmführer als Verteidiger Schröders.

Magdeburg, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Das neueste Ergebnis in der Magdeburger Mordaffäre ist die Bestellung des Magdeburger Rechtsanwalts Voße zum Verteidiger des Mörders Schröder. Dieser Rechtsanwalt ist einer der bekanntesten Führer des Stahlhelms in Magdeburg. Seine Bestellung zum Verteidiger erfolgte, ohne daß Schröder selbst oder seine Angehörigen wissen, in wessen Auftrag das geschehen ist und wer diesen Rechtsanwalt bezahlt. Da dem Verbrecher von Amts wegen ein Verteidiger nicht gestellt werden darf, solange die Untersuchung schwebt, besteht die begründete Annahme, daß Voße im Auftrage rechtsgerichteter Kreise die Rechtsvertretung des Schröder übernommen hat.

Kölling geht in Urlaub.

Magdeburg, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Untersuchungsrichter Kölling tritt in den nächsten Tagen seinen planmäßigen Urlaub an. Er will vorher nur noch der Strafkammer die Unterlagen liefern, damit diese über die Haftbeschwerde des Verteidigers von Rudolf Haas entscheiden kann.

Einstweilen hat er in der Mordsache Helling seinen Rückzug angetreten. In einer neuen Information an seine getreue Rechtspresse behauptet Kölling zwar, er sei schon seit langem überzeugt, daß „Schröder verloren“ sei; er habe die Untersuchung in der begrenzten Weise — wegen Betrug, Diebstahl und Urkundenfälschung — „nur aus taktischen Gründen“ fortgeführt, weil er fürchtete, daß sonst Schröder keine weiteren Auslosungen mache werde. Im übrigen habe er aber so schwere Verdachtsgründe dafür, daß ein Anstiftungsmord vorliege, und daß Haas der Mordanstifter ist, welcher Art dieses neue Verdachtsmaterial ist, verrät Kölling aber auch seiner geliebten Rechtspresse nicht.

Kölling im Ziegenstall.

Einstweilen hat Kölling, da er die Unterstützung der Kriminalbeamten selbst zurückgewiesen hat, eine persönliche Hausdurchsuchung unter Aufsicht eines Gerichtsschreibers vorgenommen. An der Berliner Chauffee, weit vor der Stadt, wohnt die Witwe des Produkthändlers Ohle mit sechs unmündigen Kindern in einem Häuschen mit kleinem Ackerland. Nach Schröders Angaben sollte die Leiche von dem „schwarzen Chauffeur“ bei einem solchen Hütlchen abgeladen, von dem Eigentümer über den Jaun weg in Empfang genommen und drei Tage im Keller verborgen sein. In einem Notizbuch von Haas fand Kölling mehrfach den Namen Ohle und mehrstellige Ziffern dahinter. Aus dem Adreßbuch konnte er den Namen des Produkthändlers Ohle feststellen, der schon seit fast einem Jahr verstorben ist, und weiter ermittelte, daß Ohle mit dem Chauffeur Reuter bekannt sei. Darauf die Kombination: Ohle ist der Mann, der die Leiche bewahrt hat, und die Ziffern in Haas' Notizbuch sind die Summen der Schweigegeelder, die er erhalten hat. Nun ist inzwischen zwar bekannt geworden, daß die Ziffern die von Telephonanschlüssen beim Breslauer Telephonamt Ohle sind, und daß Haas, der in Breslau eine Filiale hat, diese Anschlußziffern sich notierte, um geschäftlich telefonieren zu können. Aber Kölling ist gründlich. Nachdem er den Chauffeur Reuter wieder hatte verhört, ist er jetzt zur Hausdurchsuchung in der Hütte Ohles geschritten. Er erklärte der Witwe, sie solle nur die Wahrheit sagen, ihr Mann sei ja tot. Die Leiche Helling, in eine Pferdebedeckung gehüllt, müsse in dem Keller gelegen haben. Die Frau konnte aber sofort nachweisen, daß gar kein Keller in dem Hause ist. Nur ein Ziegenstall ist vorhanden, und diesen hat sich Kölling sehr gründlich angesehen. Darin waren zur Zeit des Mordes außer Ziegen auch mehrere Hühner. Zudem war ein scharfer Hofhund vorhanden. Wenn also eine Leiche dort versteckt worden wäre, hätte doch der Leichengeruch den Hund veranlassen müssen, Unruhe zu

zeigen. Aber keiner der Familie hat etwas bemerken können. Zu allem Ueberflus war der inzwischen an einem unheilbaren Suckerleiden verstorbenen Ohle damals schon so schwach, daß er nur noch 88 Pfund wog und kaum einen Stuhl heben konnte. Dieser kranke Mensch soll nach Köllings Annahme die Leiche eines jungen Menschen über den Jaun weg in Empfang genommen, sie versteckt und nach drei Tagen wieder über den Jaun weg hinausgegeben haben! Die stundenlang währende Vernehmung der Witwe ist wahrscheinlich protokolliert worden. Daß Kölling mit ihr zufrieden ist, wagen wir zu bezweifeln.

Verdächtige Thesen.

Magdeburg, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Zu einer Darstellung, die der Untersuchungsrichter Kölling von dem Mord an Helling gibt, wird uns mitgeteilt: Bei der Obduktion der ausgegrabenen Leiche des Helling waren die Wunden nicht verbunden. Auch das Tuch war nicht vorhanden, mit dem nach den Angaben Tenholts und Köllings der Kopf des Ermordeten umschlungen gewesen sein soll. Wo das Tuch sich befindet und ob es überhaupt noch vorhanden ist, läßt sich zurzeit nicht feststellen. Nach Annahme der Kriminalbeamten ist Helling in der Wohnung des Schröder in Rottmerleben erschossen worden und das Tuch wurde ihm umgebunden, damit so wenig wie möglich Blutspuren in der Wohnung selbst sichtbar werden. Eine andere Erklärung von Kriminalisten stützt sich auf Aussagen von Zeugen, nach denen sich Schröder viel mit hypnotischen Experimenten beschäftigt hat; es sei möglich, daß er Helling mit allerlei Experimenten unterhalten habe und ihn dabei veranlaßte, sich die Augen verbinden zu lassen, um ihn dann um so leichter von hinten erschließen zu können. Die wohl nicht mehr zu verhindernde Vernehmung des Schröder und der Böhe durch kriminalistische Fachleute wird darüber vielleicht sehr bald Klarheit schaffen. Weil an der Leiche noch ein Ring vorgefunden wurde, folgert Kölling, daß ein Raubmord nicht in Frage komme. Dazu ist festzustellen: Ein Abschneiden des Fingers, ohne das der Ring — nach Angabe des Untersuchungsrichters selbst — nicht abzustreifen war, hätte sich nicht verlohnt, denn der Ring trug eingeschrieben die Initialen H. H. (Hermann Helling). Ein Versuch, den Ring zu veräußern, hätte den Mörder in die Gefahr sofortiger Entdeckung gebracht. Auffälligerweise hat der Untersuchungsrichter vergessen anzugeben, daß der goldene Verlobungsring des Helling der Leiche geraubt war und auch bis heute noch nicht aufgefunden wurde.

Die Namen der Zeugen, die Schröder mit Haas zusammen gesehen haben sollen, hat der Untersuchungsrichter weder dem Verteidiger Dr. Braun benannt, noch die Zeugen dem beschuldigten Rudolf Haas gegenübergestellt. Ob diese neuen Zeugen mehr wert sind als die Frauen, die Haas in Rottmerleben gesehen haben wollen, bleibt abzuwarten.

Schröders Gespräche.

Einem inzwischen entlassenen Rügefangenen gegenüber soll Schröder eingestanden haben, er habe seine Verteidigung ganz darauf eingerichtet, daß Schwarzweißrot gegen Schwarzrotgold steht! Er rechne nur mit fünf Jahren wegen Beihilfe. „Ich drehe das Ding so, daß sie wegen Raubmord nicht ran können, sondern als ob es sich um einen Fremord handelt. Ich schaffe es so weit. Ich habe ja auch die ganze Rechtspresse für mich. Ich habe die Sache ja schon gedreht. Sieh mal, in der Rechtspresse sind die ganzen Richter drin. Die werden ihn schon stürzen. Der kommt nicht wieder raus, aber rede nicht drüber. Es handelt sich für mich um Tod und Leben.“ Auf die Frage, wer denn seine Verteidiger bezahle, antwortete Schröder, das wisse er nicht, aber der Rügefangene solle nicht darüber reden. „Wenn zwei flied stollen, laßt der Dritte.“ Und Schröder lachte... Auf die weitere Frage, wer nach Schröders Meinung gewinnen werde, antwortete Schröder: „Unbedingt Schwarzweißrot, denn die ganzen Richter sind schwarzweißrot. Ich habe die ganze Rechtspresse für mich und Haas ist Jude. Sein Rechtsanwalt ist im Reichsbanner und da habe ich leichtes Spiel.“ Schröders Verteidiger ist Stahlhelmführer!

Richtersolidarität.

Der Landgerichtsrat Reschke hat in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Magdeburg des antirepublikanischen preussischen Richtervereins an den Reichstag und an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in welcher er unter Hinweis auf Artikel 15, 102 ff. der Reichsverfassung den Reichstag ersucht, zur Wahrung der Unabhängigkeit der Richter einzugreifen, weil einem Richter in Magdeburg bei der Führung einer Voruntersuchung von Verwaltungsbehörden außerordentliche Schwierigkeiten bereitet würden. Dadurch entliehe die Gefahr, daß die Klärung der Angelegenheit unmöglich gemacht wird.

Die Klärung der Angelegenheit wäre längst erfolgt, wenn nicht gewisse Richter in Verbindung mit der Rechtspresse aus einem Kriminalfall eine Hege gegen republikanische Beamte gemacht hätten.

sozialistischen Bürgermeister zu seiner Haltung im Rahmen als berer, die am Recht und an der Zivilisation festhalten.

Und dem Marokkosultan ebenso!

Paris, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Sultan von Marokko hat am Dienstag mit seiner Begleitung Paris verlassen, um über Bordeaux nach Marokko zurückzukehren. In Bordeaux sollte ein feierlicher Empfang stattfinden. Die sozialistische Stadverwaltung hat sich aber geweigert, den Sultan offiziell zu empfangen. Da sie infolgedessen städtische Räumlichkeiten zum Empfang nicht zur Verfügung stellte, wurde nur ein Banquet in einem Privathause abgehalten, das mehrere Großindustrielle, die an Geschäften in Marokko interessiert sind, zu Ehren des Sultans veranstalteten.

Der polnische Parlamentskonflikt.

Senat gegen Sejmbeschlüsse.

Warschau, 3. August. (OE.) Zwischen Sejm und Senat ist ein Konflikt entstanden, weil der Sejm bei der Verfassungsänderung den Vorschlag des Senats zu Art. 44 (über den Erlaß von Gesetzesdekretten) abgelehnt hat; daraufhin erklärt der Senat den ganzen Artikel für hinfällig. Diese Auslegung lehnt der Sejm ab, da seine Schlußabstimmung die Frage erledigt habe. Der Sejm ist in die Ferien gegangen, der Senat will am Donnerstag nochmals Stellung nehmen. Es wird erwartet, daß der Staatspräsident durch Verkündung der Gesetzesvorlagen über den Prozeß des Senats hinweggehen wird.

Sonn- und Festtagen selbst allgemein bis 1 Uhr nachts gestattet. Auf Antrag kann die Genehmigung durch die Polizeibehörde bis 3 Uhr nachts erfolgen. Dessenfalls Aufzüge sind an den Vorabenden vor den Sonn- und Festtagen nach den Bestimmungen der Verfügung bis 12 Uhr nachts ebenfalls zulässig; auch nach der Kirchzeit, die bis um 11 1/2 Uhr vormittags festgesetzt ist, dürfen Umzüge und musikalische Veranstaltungen abgehalten werden. Die Angehörigen des gesamten Gastwirts- und Metzgerberufes kämpfen unter der alten Regierung vergeblich um die Beseitigung dieser Verbote.

Keine Gemeinschaft mit Mussolini!

Ablehnung des Empfangs italienischer Offiziere.

Paris, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Corriere degli Italiani“ berichtet, meldet das faschistische Hauptorgan „Popolo d'Italia“ mit Entrüstung, daß der Bürgermeister der französischen Kriegshafenstadt Brest eine wirkungsvolle Demonstration gegen Mussolini veranstaltet hat. Als nämlich dieser Tage zwei italienische Kreuzer den Hafen von Brest anließen, machten die Offiziere die üblichen Besuche bei den französischen Behörden. Sie wollten, gemäß der ständigen Übung, auch dem Bürgermeister ihren Aufwartung machen. Unser Genosse lehnte jedoch diesen Besuch ab, da er die Vertreter eines solchen Regimes, wie es gegenwärtig über Italien ausgeübt wird, nicht empfangen könne. Selbstverständlich richtete sich diese Kundgebung nicht gegen die Personen der Offiziere, noch gegen Italien, sondern nur gegen das faschistische Regime Mussolinis und so wird sie auch vom „Popolo d'Italia“ aufgeführt und verstanden. — Der „Corriere degli Italiani“ begrüßwünscht den

AUSSENSPIELE



Vom Leben dort draußen.

Hier auf den Plätzen herrscht munteres Leben. Boreerst gibt es morgens nach Anbruch der einzelnen Trupps einen Frühtrunk bzw. eine Morgenjuppe. Dann wird gespielt. Auf manchen Spielplätzen bietet sich jezt auch die Gelegenheit, wie z. B. im neuen Volkspark Wuhlheide, daß die Truppen sich abwechselnd in den vorhandenen Planschbecken tummeln. Mittags wird ein kräftiges Mittagessen verabreicht, und nachmittags gibt es noch einmal Kaffee und Brötchen. In den Zwischenzeiten aber — sofern nicht für kurze Zeit ausdrücklich absolute Ruhe vorgeschrieben ist — geht der Spielbetrieb ununterbrochen fort. In einer Ecke finden wir für die ganz Kleinen — denn bereits Vier- und Fünfjährige trifft man hier schon an — einen guten Buddelplatz. Der Sand braucht nicht dauernd aufgefüllt werden wie in der Stadt, er geht hier nie aus. Dort hat sich eine Helferin eine Schar kleiner Mädels gegreiffen und übt mit ihnen Kreisspiele. Ranz kleiner Junge steht lehnächtigen Herzens von ferne, aber seine — Jungenehre verbietet ihm hier das Mitspielen. Die Größeren aber spielen mit Vorliebe Faust- oder Bollerball. Das sind heutzutage die Ahoerspieler der älteren Groß-Berliner Jugend. Hier und dort findet man sogar kleine Gruppen bei gymnastischen

Da sieht man sich eben im Schuß der Halle im kleinen Kreise zusammen und erzählt dies und das. Ranzes Gute kann man dabei aus Kindermund erfahren. Auch wird viel gelungen, und wenn gar ein Helfer seine Laute mitgebracht hat, vergehen die Stunden viel zu schnell. Helferinnen und Helfer rekrutieren sich zum Teil aus den Kreisen der Junglehrerschaft und der Jugendbewegung. Manchmal dürfte das jugendliche Moment noch mehr Berücksichtigung finden, doch sind in den letzten Jahren Beschwerden ständig zurückgegangen. Trotz der weiten Flächen, die hier zur Verfügung stehen, werden die Spielplätze noch längst nicht genügend ausgenutzt. Schuld daran mag teilweise die Wirtschaftslage der Eltern sein, die oft ihren Kindern nicht die geringen Beiträge mitgeben können. So sind denn auch in diesem Jahre schon etwa 65 Proz. der anwesenden Kinder von allen Zahlungen befreit. Daß diese Spiele noch dringend des Ausbaues bedürfen, beweist der Ansturm nach Freizeitan, z. B. im Bezirk Friedrichshain. Die Karten waren hier viel zu schnell vergriffen. Das Jugendamt Friedrichshain sah sich deshalb gezwungen, aus eigenem heraus noch auf dem Spielplatz im Friedrichshain Innenspiele einzurichten, die im gleichen Sinne ihren Verlauf finden.

Zwecke und Ziele.

Ueber Zweck und Ziel der Außenspiele läßt sich manches sagen. Geboren aus der Not der Großstadt, die die Kommune zur unbedingten Hilfeleistung verpflichtet, ist diese Tätigkeit eine gute Ergänzung zu der Landerziehung und der Erholungsplege. Gesundheitliche Werte durch den ständigen Aufenthalt in Sonne und frischer Luft lassen sich in vielfachem Maße feststellen. Daneben aber findet das rein gesundheitliche Moment noch treffliche Ergänzung durch die sportliche Durchbildung des Körpers in der Hauptsache für die Väter. Da man es schließlich verstanden hat, eine gute Helferschar heranzuziehen, werden den Kindern aber auch gute geistige Werte mit auf den Weg gegeben. Denn die Einwirkung eines guten Lehrers oder einer guten Lehrerin kann oft für den Lebensweg des Kindes entscheidend werden. Leider ist in dieser Hinsicht das Zusammensein zu kurz, um dauernde Früchte zu zeitigen. Aber auch das wenige, das bleibt, kann für die Zukunft wichtig sein. Immer wird man durch das tägliche Zusammenleben den Keim zu einem guten Gemeinschaftsinn in die Kindesseele pflanzen, man muß nur selbst Gemeinschaftsmensch sein wollen. Andere aber sollten sich für diese Arbeit nicht bereisfinden.

Es ist zu wünschen, daß die hier eingeleitete jugendpfelegerische Arbeit für die Zukunft einen weiteren Ausbau erfährt. Auch während

Ferienzeit ist seit Wochen auch in die dumpfen Räume der Schulen eingezogen. Einige Tausende nutzten die Verbindungen mit Verwandten auf dem Lande. Und in Scharen brachten die Jüge großstädtisches Jungvolk nach Süd und Nord, nach Ost und West. Einige Hunderte der Begüterten durften an die See oder ins Gebirge fahren, um hier ihren gelungen Körper noch gelünder zu gestalten. Die eigentliche Erholungsbedürftigen aber mußten daheim bleiben, denn sie hatten weder Verbindungen noch Mittel. Ihre Erholung hat sich auf staubigen, vom Verkehr durchrauten und von Gefahren umlauerten Straßen und auf engen Hinterhöfen.

Fürsorge der Stadt.

Hier Milderung oder gar Abhilfe zu schaffen, war von jeher Aufgabe aller jugendpfelegerisch tätigen Kreise und insbesondere der Kommune. Auch die Stadt Berlin hat seit Jahren die Erholungs-fürsorge eifrig gefördert. Versicherung von Kindern auf das Land oder in Kinderheime ergaben oft prächtige Resultate bei den Kindern, die hier sechs Wochen lang nur der Pflege ihres Körpers und ihres Gemütes leben durften. Aber wie die Anschauung lehrt, ist diese jugendpfelegerische Arbeit längst nicht ausreichend genau, um allen Bedürftigen Hilfe zuteil werden zu lassen. Immer wieder kommt von den Arbeiterbezirken Berlins die Mitteilung, daß von den mehr als 25 Proz. dringend erholungsbedürftigen Kindern kaum ein Drittel bei der eigentlichen Erholungsversicherung Berücksichtigung finden kann. Den übrigen soll in anderer Weise geholfen werden. Als Ergänzung zur Versicherung hat die Stadt Berlin bereits vor Jahren rund um den engeren Großstadtbezirk herum eine Reihe von Außenspielflächen angelegt, die während der Ferienzeit den Kindern der Armuten zur Erholung dienen. Die Spielplätze sind zum Teil gut gelegen im Walde, wie Bierdebusch, Jungfernhöhe, Brunenwald und Plänterwald, oder mit Waldflächen verbunden, wie Tegeel, Buch, Wuhlheide und Wartenberg. Nicht alle aber genügen unbedingt den Ansprüchen, die zur Erholung Vorbedingung sein mühten. So der Spielplatz Hohenschönhausen, der den Kindern im Sonnenbrand keinen Schutz bietet und so zu einem unerträglichem Aufenthalt wird. An guten Tagen sind die vorhandenen 13 Spielplätze insgesamt von rund 22 000 Kindern besucht, die dort draußen unter Aufsicht von ausgebildeten Helfern 10 Stunden ihres Tageslaufs verbringen.



Die Spelung der Kinderschar

übungen. Auch das gehört zum — diesmal guten — Zug der Zeit. Selbst an Regentagen, die ja auch während dieser Ferien nicht selten sind, müssen es die Helfer verstehen, ihre Schützlinge zu beschäftigen. Die Lientwegten lassen sich vom Wetter nicht abschrecken.

Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapié.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Kunde-Grazio.

1.

Auf dem Bahnhof Saint-Lazare wurde der Koffer Sulettes am Boden geschleift gestürzt, gegen die Eisenpfiler gestossen; dann lud ihn ein Gepäcträger auf die Schulter, schritt bis aufs äußerste Trottoir und ließ ihn dort mit heftigem Ruck herab, bevor er ihn brutal in die Droschke schleuderte.

Jede Erschütterung entlockte dem Koffer sozusagen ein lautes Stöhnen, das nicht ohne Eindruck auf Sulette blieb. Als Dienstmädchen nach Paris engagiert, kam sie direkt aus ihrer Heimat, und dieses Gepäct war alles, was an Teurem, Persönlichem, Familiärem sie begleitete.

Ihre Herrin, Frau Coton, stieg vor ihr, nach Angabe der Adresse: Rue Saint-Denis, in die Droschke.

Es war im Juni, ein schöner, sonniger Tag. Eben schlug's ein. Sofort zogen die weißen Schürzen, wodurch die Dienstmädchen im Fortbewegern der Straße erkenntlich, Sulettes Blick besonders auf sich. Die einen begleiteten mit Einkaufsnetzen ihre Herrinnen, andere näherten sich den Geschäften oder standen vor den Wagen der Grünwarenhändler. Auf der Rue Auber zeigte sich eine zum Stelett Abgemagerte, die mit Anstrengung eine Frau von riesigen Körperformen führte. Der Arm der kolossalen Gebieterin, der das hagere Mädchen wie angelchraubt umschloß, schien der Schlauch zu sein, durch den der fleischige Körper so wader gepumpt und den vegetierenden ausgefogen hatte.

Der Portier trug den Koffer hinauf. Frau Coton wies Sulette an: „Hier ist Ihre Kammer.“ Die sogenannte Kammer war nur ein dunkles Gemach, das Luft durch eine Oeffnung nach der Küche empfing; eiserne Bettstelle und weißer Holztisch auf der einen Seite bildeten die Möbel. Der Portier fügte den Reiskoffer hinzu, den er mit einem Fußstoß an die Wand drängte.

Herr Coton und drei Kinder waren herbeigeführt, das neue Mädchen anzusehen; sie inspizierten genau die magere Brünette mit ihren achtzehn Jahren, der gesunden Gesichtsfarbe, dem schwarz und weiß gestreiften Kleid. Sulette hatte „Guten Tag“ gesagt; man erwiderte nichts, und sie blieb am Eingang festgewurzelt stehen, indem sie versuchte, das nicht gewürdigte Angebot ihrer Höflichkeit unbeholfen auszudehnen. Frau Coton hatte ihren Hut in ein Zimmer, dessen Ele-

ganz ein Klavier erhöhte, geschafft. Sie kehrte zu Sulette zurück.

„Gehen Sie in die Küche und verlieren Sie keine Zeit,“ fuhr sie dieselbe unfreundlich an. „Nehmen Sie eine blaue Schürze und machen Sie Feuer.“

Fünf Minuten später ein anderer Befehl: „Kommen Sie her und sehen Sie sich an, wo Bürsten und Besen ihren Ort haben.“

Die Familie Coton bewohnte im dritten Stock, nach dem Hofe, eine Wohnung für achthundert Franken; dieselbe enthielt: Speisesaal, Salon, zwei Schlafzimmer, einen schmalen Gang als Küche, schließlich den finsternen, Mädchentammer genannten Raum. Die Möbel der Schlafzimmer und des Speisesaales aus imitiertem Mahagoni verrieten fast Armut. Der ganze Luxus dieser Einrichtung konzentrierte sich im Salon, wo das Piano der gnädigen Frau, von vier mit gelbdamastenen Atlas überzogenen Fauteuils und einem Kanapee flankiert, thronte. Herausfordernde Gardinen, Konsolen, ein Tisch, prozerische Sessel, eine Menge kostspieliger Nippelachen bildeten ferner eine Zusammenstellung, die in einer Wohnung von mehreren tausend Franken nicht unpassend gewesen wäre.

Herr Coton, ein Rahlkopf von fünfunddreißig Jahren, trug eine Brille auf einer großen, verhungert und erfroren aussehenden Nase; am Kinn sprokhte der Bart wie krankes Roos. Frau Coton hatte schöne Augen in ihrem langen und eingefallenen, nervösen Blondinengesicht. Die neun Jahre alte Germaine ähnelte mit dem mageren, blaffen Leuchten ihrer Mutter. Der fünfjährige Jacques schien sich trotz kläglicher Waden einer guten Gesundheit zu erfreuen. In Anbetracht seiner drei Jahre war der Kopf Friedrichs zu groß.

Sulette erfuhr, daß sie um sechs aufzustehen und frühestens zehn Uhr abends schlafen zu gehen habe, „wenn die Arbeit fertig wäre“. Sie mußte alles besorgen. Dies „alles“ bestand ohne Angabe von Einzelheiten, besonders in Sauberhalten der Wohnung, Kleider ausbürsten und Flecken beseitigen, Schuhe putzen, Bereiten der Mahlzeiten, Aufwarten bei Tisch, Kinder pflegen und spazieren führen, im Waschen und Ausbessern des Weißzeugs, Bohnern des Partetts, Einkäufe besorgen.

Nach dem Frühstück am Tage der Ankunft führten der Herr, die Frau und die drei Kinder Sulette von Zimmer zu Zimmer; alle zusammen gaben ihr um die Bette Arbeit an, zogen sie, hestieten sich an sie, und, um sicher zu sein, alle nur mögliche Dienstleistung aus dem Mädchen herauszupressen,

suchte jedes von rechts und links einen Auftrag der ersten Aufzählung hinzuzufügen: in diesem Zimmer war noch Kupfergeschirr imstande zu erhalten, im Speisesaal war die Ampel, die viel Fürsorge verlangte, in jener Stube durften weder das Holzgeäst, noch die Spiegel vergessen werden — und im Salon! Aufmerksamkeit im Salon! Schon der Name des Raumes mußte mit einem Akzent von besonderer Wichtigkeit ausgesprochen werden: „der Salon!“ Ferner gehörte das Dienstmädchen speziell dem Herrn für die Arbeit im Keller, der Frau für den Pußtisch, Germaine für deren schon lange Jöple, dem Jacques für seine Hoson; Friedrich wies sein Nachtschirr.

„Es klingelt!“ rief plötzlich Frau Coton. „Schnell, binden Sie die weiße Spizenschürze vor und öffnen Sie — lassen Sie in den Salon eintreten.“

Der Besucher war der Kassenbote eines Kreditaushauses. Frau Coton warf einen bedeutamen Blick ihrem Gatten zu und sagte von oben herab:

„Es ist ein Bote von der Bank da wegen deiner Börsenoperationen!“

Dann wendete sie sich ungeduldig zu Sulette: „Aber beeilen Sie sich doch, diese Schürze abzubinden. Man muß mit der Wäsche sparen. Sie behalten die Schürze niemals um, nehmen sie nur beim Deffnen und, wenn man Sie ruft, beim Hereinkommen in den Salon oder Speisesaal.“

Noch etwas Regelwidriges, zu Selbstfüchtiges verlegte sie: „Ach,“ brach sie beinahe heftig los, „Sie glauben doch nicht, daß man Sie Sulette nennen wird? Man wird Sie Marie rufen, so heißen alle Dienstmädchen!“

Gegen sechs Uhr setzte die Gnädige eine feierliche Miene auf: „Tragen Sie ein schickliches Benehmen zur Schau und holen Sie für zwei Sous Butter; nehmen Sie einen Korb.“

Sulette beeilte sich, den Erfolg ihres „schicklichen Benehmens“ in den Schaufenster zu bewundern.

Die Gemüsehändlerin rief mit erhobenen Armen aus: „Zwei Sous Butter! Ach, Sie sind also bei Frau Coton! In der ersten Stelle? Sie haben's gut getroffen!“

Sie warf Papier auf die Wage und fuhr in bissigem Tone fort: „So steht die Sache: Frau Coton verdient als Klavierlehrerin vielleicht sechshundert Franken jährlich, ihr Mann muß zweitausendvierhundert der Postbehörde abknöpien; drei Kinder sind da, und man lebt auf großem Fuße. Madame würde sich in ihrer Ehre geschädigt vorkommen, wenn sie in der Wirtschaft zugriffe, und Sie haben Spizen an der Schürze; auch schickt man für zwei Sous Butter abschaben.“

(Fortsetzung folgt.)

der Schulzeit müßte es den Kindern gestattet sein, auf gleiche Art zusammen zu leben. Und wichtig ist, daß man zur Vertiefung dieser Arbeit nicht den bürocratischen Verlauf und Erfolg ins Treffen führt, sondern einzig das frohe Lebensgefühl im Kinde zur Richtschnur nimmt, das in unserer Zeit der Not und Entbehrung immer wieder geweckt und zu neuen Höhen geleitet werden muß.

Opernhausumbau.

Der in der Zeitung etwas über den beabsichtigten Umbau der alten Staatsoper las, oder sich gar die Mühe nahm, den reichlich unklaren Kunststreit über das Vorhaben der Baubehörde zu verfolgen, der vermochte sich wohl nur schwer eine Vorstellung von den Ausmaßen dieses Projekts zu machen. Am wenigsten begriff man, wozu man für bloße Anbauten links und rechts — und davon war doch allein die Rede — die stattliche Summe von einer Million benötigte.

Die Wirklichkeit ging rasch über jeden Einspruch hinweg, und was geschah mußte, das vollzog sich mit Rücksicht auf die Notwendigkeit baldiger Wiedereröffnung mit bemerkenswerter Eile. Schon ist der Abbruch beendet und der Aufbau kann beginnen. Ja, die Wirklichkeit übertraf nach mancher Hinsicht die Erwartung, nun weiß man, weshalb und wozu man die Million brauchte: es ist alles gefallen, was zwischen Zuschauerraum und den Räumen hinter der Bühne stand, wie ein Turmbau ragt die gewaltige Schnürboden-erhöhung empor, tief unter sich den Ausschnitt der Bühne lassend und diese selbst dem Blick erschließend. Wären nicht auf der einen Seite schwebende Bretter und auf der anderen der eiserne Vorhang, man könnte in den wunderschönen, von Rokoko lust gesättigten Zuschauerraum hineingucken.

Es ist gefallen, was eine spätere Zeit im Stile des Alten rückwärts anbaute — wobei man es nicht vergessen hatte, zu den ungefähr schätzigen Figuren der näheren Umgebung noch neue zu gesellen —, und auch diese Ikon- und blumengeschmückten mythologischen Gestalten mußten ihren Stand auf der kleinen Säulengalerie verlassen. Zwischen Bühne und Hedwigskirche ist ein weites Platz, von dem noch der Schutt entfernt wird, und ein Anblick selbst besonders: die beiden Schriften, die übereinander die Aufenthaltsräume für Chorwärtinnen und Tänzerinnen bezeichnen, zwei verschiedenen Stockwerken angehörend. Man erschrickt fast, bemerkt man, wie nieder und eng diese Räume gewesen sein müssen, und man begreift die Notwendigkeit eines Neubaus, verfolgt man an den Ueberresten, den Verbindungen mit der stehen gebliebenen Mauer die gefährliche Kleinheit und Kleinlichkeit dieser Arbeitsstätten. Und wendet man sich rückwärts, dann fällt einem noch etwas auf: wie wenig die Fassade der Hedwigskirche auf dem freien Platz zu wirken weiß. Wir finden es aufs neue bestätigt, daß gerade seine Kunstwerke eines nicht allzuweiten Rahmens bedürfen.

Wir verlassen den Platz, indem wir uns auf das Neue freuen, weil es arbeitenden, künstlerisch schaffenden Menschen Schutz und Recht gewähren wird. Und wo solch ein Bedürfnis vorhanden ist, ist es auch immer einer Lösung leicht gemacht, zu befriedigen.

Der Kabelbrand im Fernsprechamt Steglitz.

Aufnahme des Fernsprechoverkehrs in beiden Richtungen.

Die Störung im Groß-Berliner Fernsprechoverkehr, die am gestrigen Dienstag vormittag durch einen Kabelbrand im Fernsprechamt Steglitz entstand und durch die die Fernsprechleitungen von Potsdam und Zehlendorf nach Berlin, sowie der Betrieb in entgegengesetzter Richtung lahmgelegt wurde, konnte noch im Laufe des gestrigen Nachmittags und des Abends beseitigt werden. Bereits am Nachmittag war es durch Umschaltungen und Legung von Notleitungen gelungen, den Betrieb zwischen Zehlendorf und Groß-Berlin in beiden Richtungen wieder aufzunehmen. Man hofft, daß es auch bis zur Nacht möglich sein wird, die Verbindung zwischen Potsdam und Groß-Berlin, die am empfindlichsten von der Störung betroffen worden ist, wieder herzustellen. Die Ursache des Kabelbrandes, der im Umschaltersaal des Steglitzer Fernsprechamtes, und zwar in dem sogenannten Hilfsamt ausbrach, das die Verbindung mit den Selbstanschlußhäutern Zehlendorf und Potsdam herstellt, ist bisher noch nicht völlig aufgeklärt. Man nimmt an, daß die Isolationen der Leitungen schadhaft geworden sind und auf diese Weise Kurzschluß und den Brand der Kabeln verursacht haben.

Königsgeburtstagsfeier der Universität.

Die Berliner Universität hat gestern unter republikanischen Farben den Geburtstag ihres Stifters Friedrich Wilhelms III. feierlich begangen. In der neuen Aula der Universität versammelten sich die Professoren, die Studentenvorbindungen mit ihren Bannern und ehemalige Studenten. Die Aula war sehr schwach besetzt, ein Beweis, daß die größte Anzahl der Studenten von solchen Erinnerungsfeiern nicht viel wissen will. Prof. Dr. Pompei feierte natürlich in seiner Rede das Geschlecht der Hohenzollern, die in der Universität eine geistige Kämpfergarde heranzubilden wollten. Natürlich konnte Dr. Pompei es sich nicht versagen, die Studenten aufzufordern, im Sinne dieser großen Aufgabe, die „von unserem königlichen Stifter“ gestellt wurde, weiterzuarbeiten. Der Redner erinnerte dann noch an die große Anstrengung des Volkes vor 12 Jahren, „an den Kampf um Deutschlands Ehre“. „Weil den Truppen der Sieg nicht wurde, mußten die geistigen Kräfte wachgerufen werden.“ Mit der Geburtstagsfeier war auch die Verleihung der akademischen Preise verbunden, wodurch auch die Studenten, die eigentlich nichts von dieser Geburtstagsfeier wissen wollen, gezwungen wurden, der Gesellschaft beizuwohnen.

Keine Typhusepidemie in Döberitz.

Gestern wurden Meldungen über den Ausbruch einer Typhusepidemie im Lager Döberitz, die ihren Ausgang in dem dort zurzeit untergebrachten Reiterregiment 11 genommen haben sollte, verbreitet. Dazu erklärt der Kommandant des Truppenübungsplatzes Döberitz, daß diese Nachricht in keiner Weise zutrifft. Im ganzen Lager, weder beim Reiterregiment 11 noch bei den anderen zurzeit dort befindlichen Truppenteilen ist kein Typhusfall, geschweige denn eine Epidemie zu verzeichnen. Tatsache ist lediglich, daß bei dem Reiterregiment 11, als es vor etwa einer Woche in der Gegend der Elbe und auf dem Truppenübungsplatz Altengrabow bei Magdeburg übte, einige Typhuserkrankungen sich ereigneten. Die betreffenden Soldaten wurden den nächsten Krankenhäusern zugeführt, und einer von ihnen ist in Burg gestorben. Von der Sanitätsinspektion wurden sofort umfassende Vorkehrungen getroffen, um weitere Ausbreitung der Typhusbälle zu verhindern, u. a. wurde auch über das Regiment die Urlaubssperre verhängt. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend voriger Woche traf dann das Regiment auf dem Truppenübungsplatz Döberitz ein, wo zurzeit die ganze 2. Kavalleriedivision zu größeren Übungen zusammengezogen ist. Auch im Lager hatte man zunächst die notwendigen sanitären Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Da sich jedoch keinerlei weitere Erkrankungen gezeigt haben, konnte mit dem gestrigen Dienstag die Urlaubssperre über das Reiterregiment 11 wieder aufgehoben werden.

Weiter aber werden hierzu noch folgende Einzelheiten gemeldet:

Die Typhuserkrankungen beim Reiterregiment 11 scheinen doch umfangreicher zu sein, als es von der Kommandantur des Truppenübungsplatzes Döberitz bisher zugegeben worden ist. Wie wir in Ergänzung von der Nachrichtenstelle der Wehrmachtteilung erfahren, haben die Erkrankungen, die bei dem Reiterregiment 11 während der Übungen in der Gegend der Elbe ausgebrochen sind, noch ein zweites Todesopfer gefordert. Am gestrigen Dienstag ist ein zweiter Reichwehrradist gestorben, und zwar in einem Segaratt in Groß-Berlin. Insgesamt sind vier An-

gehörige des Regiments am Typhus erkrankt, und zwar nach den Informationen der Nachrichtenstelle unterwegs und nicht im Truppenübungsplatz Döberitz selbst. Es wird nochmals betont, daß sofort die nötigen sanitären Schutzmaßnahmen ergriffen worden seien und insbesondere das Reiterregiment 11 von den übrigen im Döberitzer Lager befindlichen Truppen isoliert worden sei. Nach Ansicht des Divisionsarztes der 2. Kavalleriedivision, der für die sanitären Maßnahmen im Döberitzer Lager verantwortlich ist, soll mit einer weiteren Ausbreitung der Erkrankungen nicht mehr zu rechnen sein. Die Aufhebung der Urlaubssperre, die nach der Versicherung der Döberitzer Kommandantur bereits erfolgt sein soll, war der Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums noch nicht bekannt, und man hielt eine derartige Maßnahme für kaum wahrscheinlich. Es ist Sache der Reichswehrbehörden, die Unstimmigkeiten zwischen den Informationen der Kommandantur Döberitz und der zuständigen Stelle des Reichswehrministeriums zu klären.

Der Mann mit den Marmorplatten. Ein raffiniertes Gaunerstück.

Ein raffiniert angelegter Diebstahl, der am 11. Juni im Westen der Stadt verübt wurde, ist von der Kriminalpolizei jetzt aufgeklärt worden. Die beiden Täter wurden festgenommen.

In dem bezeichneten Tage klingelte an der Wohnung des russischen Professors Apatoff, der nicht daheim war, ein Mann, der

Arbeitende Jugend heraus!



Heute, Mittwoch, den 4. August 1926

Fackelzug

Treffpunkt: 8 Uhr Kleiner Tiergarten, Strom-Edel-Turmstr.

Rundgebung

1/2 10 Uhr auf dem Friedrich-Karl-Platz in Charlottenburg

Redner: Felix Fehrenbach

Zu dieser Veranstaltung rufen auf

Sozialist. Arbeiterjugend Groß-Berlin • Jungsozialistische
Vereinigung SPD • Vereinigung sozialdemokrat. Studenten

sich der Hausangestellten gegenüber für einen Verwandten des Wohnungsinhabers ausgab, und erklärte, daß er für diesen aus Moskau Briefe mitgebracht habe, die er persönlich überreichen müsse. Auf seine Bitte führte ihn das Mädchen an den Fernsprecher, weil er sich angeblich zur Überreichung der Briefe sofort mit dem Professor in Verbindung setzen wollte. Die Unterhaltung, die er mit diesem führte, verstand das Mädchen nicht, da sie russisch geführt wurde. Noch während des Gesprächs klingelte es wieder, und jetzt meldete sich ein angeblicher Bote einer Firma, der mitteilte, daß er für den Professor ein Paket mit Marmorplatten bringe. Er bat das Mädchen, ihm beim Hinausgehen zu helfen, weil das Paket so schwer sei, daß er es allein nicht tragen könne. Beide Männer entfernten sich dann wieder, nachdem der erste mit dem Professor ein Zusammenreffen in einem Restaurant unter den Linden verabredet hatte. Hier wartete Apatoff vergeblich auf seinen Moskauer Verwandten. Als er dann nach Hause kam, entdeckte er, daß der Besuch die Abwesenheit des Mädchens bemerkt hatte, mehrere wertvolle Sachen heimlich eingestohlen, darunter eine goldene Glashöhler Uhr, ein kostbares von der Firma Lange u. Söhne besonders hergestelltes Werk mit der Nummer 82991, ein goldenes Zigarettenetui mit der Widmung in russischer Schrift „Erinnerung an Pianofort 1904“ und einen wertvollen Siegelring. Der Bote mit den Marmorplatten“ hatte dem „Verwandten“ die Gelegenheit verschafft, den Diebstahl auszuführen. Sein schweres Paket enthielt nur Ziegelsteine. Nach langen Bemühungen ist es jetzt der Kriminalpolizei gelungen, die beiden Gauner hinter Schloß und Riegel zu bringen. Der Dieb ist ein 34 Jahre alter Baron von Karbekki, der „Implanzschel“ in einem Spielklub war. Er wurde in einem Klub ermittelt und festgenommen. Sein Helfershelfer, ein ebenfalls 34 Jahre alter bisher unbekannter russischer Kaufmann A., wurde noch im letzten Augenblick auf dem Bahnhof ermittelt, als er im Begriff stand, nach Paris abzufahren. Beide leugneten erst hartnäckig, legten aber endlich ein Geständnis ab. Sie hatten sich in einem Spielklub kennen gelernt und dort ihren Plan verabredet.

Die Ehefrau aus Verschen erschossen.

Mit der Selbstbeschuldigung, seine Ehefrau am Montag nachmittag aus Verschen erschossen zu haben, stellte sich am Dienstag mittag bei der Polizei in Halle a. S. der Fischermeister Grohmann aus Sumi bei Mühlentbeck im Kreise Niederbarnim. Er gab an, daß er im Garten Spaten schießen wollte und dabei versehentlich seine Frau getroffen habe. Sie sei sofort tot gewesen. In seiner Bestürzung sei er ratlos umhergeirrt und schließlich mit der Eisenbahn in Halle angekommen, wo er sich der Behörde zur Verfügung stellte. Von Halle aus wurde bei der Landstriminalpolizei in Berlin angefragt, ob von dem Vorfall schon etwas bekannt sei. Da man hier noch nichts wußte, so setzte man sich mit der zuständigen Landjagderei in

Sumi in Verbindung. Die Nachforschungen der dortigen Beamten bestätigten die Angaben Grohmanns insofern, als die Frau tatsächlich tot auf dem Sofa im Wohnzimmer liegend aufgefunden wurde. Im Ort selbst war noch nichts bemerkt worden, weil die Fischerei ziemlich einsam gelegen ist. Kommissar Kießling von der Landstriminalpolizei begab sich mit mehreren Beamten und dem Lichtbilddienst nach Sumi, um den Befund festzustellen. Hier- nach werden die Angaben eines Mannes einer Prüfung unterzogen werden.

Auch ein „Vater“.

Er verknüpft seine Tochter.

Vor der ersten Ferienstrafkammer des Landgerichts I hatte sich auf die Berufung des Staatsanwalts ein „Arbeiter“ Julius Jekert zum zweiten Male unter der Anklage der Kuppelerei und Zuhälterei zu verantworten. Diese Anklage war auf die Anzeige seiner Ehefrau und seiner Tochter erhoben worden. In der Schöffengerichtsverhandlung hatten beide Frauen jedoch ihre Aussage verweigert und Jekert mußte daher freigesprochen werden.

Er hatte die Anzeige als einen Racheakt seiner Familienangehörigen gedeutet. Die neue Verhandlung gestaltete sich jedoch wesentlich anders. Plötzlich hatten sich die Frauen eines besseren besonnen, wohl in der Furcht, daß ihr Beingericht sonst wieder auf sie losgelassen würde. Sie traten nun als Hauptbelastungszeugen gegen ihn auf, und ihre Aussagen entrollten ein Bild tiefer stiller Verkommenheit. Die Tochter war mit 15 Jahren vom Vater, der das Kind los werden wollte, in Fürsorgeerziehung gebracht worden. Von dort war sie später entwichen und hatte in Hamburg einen Seemann geheiratet. Nach der Trennung von dem Manne kam sie nach Berlin zurück. Der Vater suchte nun aus seiner eigenen Tochter Kapital zu schlagen und wurde ihr Zuhälter. Sie erhielt ein Zimmerräumchen und wurde auf die Straße geschickt. Ihr Geld vertrant der Vater zum größten Teil. Hatte sie nicht genügend Einnahmen, dann wurde sie auf das schwerste mißhandelt. Der schamlose Kuppler erschien sogar häufig im Zimmer und lastierte das Geld gleich selbst ein. Da auch von Hausbewohnern das Treiben des Angeklagten in ähnlicher Weise geschildert wurde, kam die Strafkammer zu einer Aufhebung des Freispruchs der ersten Instanz und verurteilte Jekert zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Lebensversicherung nach dem Tode.

Einen eigenartigen Schwindel betreibt im „Nebenberuf“ ein 28 Jahre alter Agent Fritz Wolffi, der das Land bereist, um für eine Sportzeitung Abonnenten zu werben. Er liest die Zeitungen auf Todesanzeigen, besonders auch auf Unfälle mit tödlichem Ausgang, durch und sucht dann die Angehörigen der Verstorbenen auf. Diesen macht er den Vorschlag, das verlebene Familienmitglied nachträglich zu versichern. Die Einwendungen und Bedenken der Leute beseitigt er durch das Anerbieten, die Anmeldung um soviel zurück zu datieren, daß sie vor dem Todestage liegt. Geht man darauf ein, so läßt sich Wolffi eine Vorschußprämie von zwei bis zehn Mark zahlen mit der Bedingung, daß er von der Versicherungssumme noch 10 Prozent bekomme, sobald sie ausgezahlt werde. Die Versicherung zahlt aber natürlich nicht, ohne sich vorher von allen Umständen vergewissert zu haben. Dabei kommt dann der Schwindel an den Tag. Wolffi läßt natürlich nichts mehr von sich hören. Wie er zu den Anmelde- und Quittungsformularen kommt, ist noch nicht festgestellt. Vielleicht hat er sie gestohlen, vielleicht auch irgendwo gefunden. Der Schwindler, auf den die Kriminalpolizei schandet, ist mittelgroß und hat blondes Haar und ein schmales Gesicht. Mittelungen zu seiner Ergreifung an Kriminalkommissar Rastow, Dienststelle D. 2 im Polizeipräsidium.

Gegen die Errichtung einer Blutwertungsanlage.

Auf dem Grundstück in Reinickendorf-West, Scharnweberstraße 101-104, früher Hartmanns Brauerei, will die Seccaton G. m. b. H., Barmen, eine Blutwertungsanlage errichten. Es soll dort, soweit bekannt geworden, frisches Tierblut, das mit Kesselwagen aus den Schlachthäusern bezogen wird, zu Blutpulver verarbeitet werden. Das Bekanntwerden des Baues einer derartigen Anlage inmitten eines reinen Wohngebietes an der Grenze der einzigen Erholungsstätte der Bewohner von Reinickendorf-West, des Schlepplages Tegel und des daran angrenzenden Dauermaldes hat nicht nur bei den Bewohnern der Scharnweberstraße, sondern in ganz Reinickendorf-West einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Viele Beschwerden an die Baupolizei und in der Öffentlichkeit waren die Folge. Die Anwohner befürchten Belästigungen durch schlechte Gerüche aller Art und das Entstehen einer Ungezieferplage durch Ratten und Mäuse, die sich, durch den Blutgeruch angezogen, in großen Mengen einnisteten und naturgemäß nicht auf dem Grundstück bleiben werden, sondern auch die Nachbarhäuser straßenweit in Mitleidenschaft ziehen werden. Das Bezirksamt Reinickendorf kann sich den Befürchtungen der Einwohnerchaft des in Frage kommenden Ortsteils nicht verschließen und hat unterm 26. Juli einstimmig beschlossen, gegen die Errichtung der Blutwertungsanlage Einspruch beim Polizeipräsidenten von Berlin zu erheben.

Hochwasserschutz für die untere Havel.

Die großen Schäden, die das andauernde Hochwasser in diesem Jahre im Unterlauf der Havel angerichtet hat, haben auf Veranlassung einer vom Reichsminister a. D. Schiele geführten Kommission der betreffenden Gemeinden dem Reichsverkehrsministerium Veranlassung gegeben, die beschleunigte Ausarbeitung eines Entwurfs anzuregen, der folgendes vorzieht: 1. Verbesserung der Havel-Hochwasserabführung, 2. Schutz gegen das Hochwasser der Elbe, 3. Verbesserung der Fahrwasserhältnisse auf der unteren Havel, wo alljährlich mit neuen Ablagerungen infolge Rückstauwassers der Elbe gerechnet werden muß. Der Entwurf wird in Ansehung an einen bereits in den neunziger Jahren aufgestellten Plan zur Verlegung der Havelmündung um etwa 15 Kilometer ebendamais vom Regierungspräsidenten in Potsdam aufgestellt. Da die Maßnahmen von großem Einfluß auch auf die Abflußverhältnisse des Elbehochwassers sind, hat die Elbstrombauverwaltung Anweisung erhalten, den Regierungspräsidenten in Potsdam bei der Aufstellung des Entwurfs zu unterstützen. Die geplanten Arbeiten werden auch zur Beschäftigung zahlreicher jetzt erwerbsloser Arbeitskräfte dienen können und daher das Notstandsprogramm der Reichsregierung in einer der landwirtschaftlichen Produktion besonders förderlichen Weise ergänzen.

Durchreise österreichischer Kinder. Heute früh 6.15 Uhr treffen am Anhalter Bahnhof 700 Kinder aus Oesterreich auf der Durchreise nach der Ostsee ein. Die Kinder werden am Anhalter Bahnhof von Regierungsvertretern begrüßt und fahren dann um 10.20 Uhr vom Sietziner Bahnhof weiter.

Ein mißglückter Einbruch. In der vergangenen Nacht ver- suchten zwei Einbrecher in einem im Hause Boßthinger Straße 57 besetzten Laden vom Keller aus einzubrechen. Sie hatten bereits die Decke angebohrt, als sie von einem Beamten der Berliner Wach- und Schließ-Gesellschaft überrascht wurden, der sofort das Ladefallkommando alarmierte. Nach längerem Suchen gelang es, die Täter, die durch einen anderen Kellerausgang geflüchtet waren, auf dem Boden festzunehmen. Ein bei ihnen vorgefundener Koffer mit ausgezeichnetem Einbruchswerkzeug wurde beschlagnahmt.

Erdbeben in Japan. Ein ungewöhnlich schwerer Erdstoß wurde in Tokio am 2. August um 6.25 Uhr nachmittags verspürt. Der Bevölkerung bemächtigte sich großer Schrecken. Soweit bis jetzt bekannt, wurde kein Schaden angerichtet.

Der Prozeß gegen die Krankenschwester Fleßa. Belastende Zeugenaussagen.

Der Nordprozeß gegen die Krankenschwester Fleßa, der gegenwärtig in zweiter Instanz vor dem Frankfurter Schwurgericht verhandelt wird, findet weit über das Gebiet der Stadt Frankfurt hinaus infolge der sensationellen Umstände, unter denen die Fleßa den Frankfurter Arzt Dr. Seiß erschossen hat, größte Beachtung. Presse und Zuhörerraum sind täglich überfüllt. Am gestrigen ersten Verhandlungstage wurde die Angeklagte über ihre Beweggründe zur Tat vernommen.

Als wichtigstes Ergebnis läßt sich aus ihren Aussagen anführen, daß sie im Gegensatz zu ihren Angaben im ersten Prozeß jetzt behauptet, sie habe die Tat begangen, weil Dr. Seiß, mit dem sie in intimen Beziehungen gestanden habe, sie nicht habe heiraten wollen. Ueber ihre Beziehungen zu dem Arzt wurde sie gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit fast zwei Stunden lang verhört. Am Ende der Vernehmung behauptete sie, keine Täuschung des Dr. Seiß geplant, sondern nur den Willen gehabt zu haben, ihn durch eine unbedeutende Verwundung zu erschrecken. Im großen und ganzen hat sie sich bisher klug und geschickt verteidigt, wenn sie auch hin und wieder ein sehr erregtes Wesen zur Schau trug, durch das sie sich einmal sogar verketten ließ, dem Staatsanwalt auf einen Vorhalt hin, den er ihr machte, zuzurufen: „Sie lügen ja!“ Die Zeugenvernehmung, die nach Abschluß des Verhörs der Angeklagten am gestrigen Nachmittag begann und heute fortgesetzt wurde, ergab für die Angeklagte viel belastendes Material. Ein mit dem Ermordeten gut bekannter Arzt sagte aus, Dr. Seiß habe ihm schon sechs Monate vor der Tat erzählt, er werde von einer Krankenschwester mit Liebesanträgen verfolgt, die von ihm ein Kind haben wolle. Sie habe ihn schon einmal auf der Promenade mit einem Revolver bedroht. Später habe ihm Dr. Seiß gesagt, er habe ihm die Angaben deshalb gemacht, damit Anhaltspunkte vorhanden seien, wenn man ihn eines Tages tot auffinden werde. Die nächste Zeugin, eine Krankenschwester, äußerte sich dahin, daß Dr. Seiß sich ihr und den übrigen Schwestern gegenüber stets korrekt benommen habe. Eine große Anzahl weiterer Zeugen, hauptsächlich Freunde und Kollegen des ermordeten Arztes bestätigten die Aussagen des ersten Zeugen, daß Dr. Seiß monatelang vor der Tat davon gesprochen habe, er fühle sich von einer Krankenschwester bedroht, die ein Kind von ihm haben wolle und ihm immer wieder erklärte, sie verzichte ausdrücklich auf alle rechtlichen Konsequenzen, die sie aus seiner Vaterchaft ziehen könnte. Während der Vernehmung der Zeugen gebärdete sich die Angeklagte oft sehr aufgeregt und machte ziemlich scharfe Zwischenrufe. Von der Verteidigung wurde an einen als Zeugen geladenen Rechtsanwalt aus Ködelheim die Frage gestellt, ob er nicht mehrfach in seiner Wohnung Gelage veranstaltet habe, an denen auch minderjährige Mädchen teilgenommen hätten und ob nicht auch Dr. Seiß an diesen Gelagen teilgenommen hätte. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde festgestellt, daß Dr. Seiß an diesen Dingen nicht beteiligt gewesen ist. Im übrigen verweigert der Zeuge über die fraglichen Vorgänge die Aussage. Einem weiteren Zeugen, dem Dr. Seiß ebenfalls erklärt hatte, er werde oft in der Nacht von einer ihm mit Antipathie verfolgten Krankenschwester, die plötzlich hinter einem Gebüsch oder einem Baum hervortrete, bedroht, rief die Angeklagte erregt entgegen: „Das ist nicht wahr. Sie können ja durch eine Vernehmung meiner Hauswirtsin feststellen, daß ich immer abends zu Hause gewesen bin. Im übrigen: Sie hatten ja zehn Monate (gemeint ist die Zeit seit dem Tode ihrer Verhaftung) Zeit dazu!“ Die Angeklagte befand sich hiernach in solcher Erregung, daß die Verhandlungen unterbrochen werden mußten.

Billichschlag in eine Touristengesellschaft. Bei dem letzten schweren Unwetter im Altaiergebirge schlug nach einer Reduktion aus Breslau der Blitz in eine aus 16 Personen bestehende Touristengesellschaft ein, die sich auf dem Wege von der Hochschar nach dem Heidebrünnel befand. Sämtliche Touristen wurden zu Boden gerissen und waren bewußtlos. Die Männer erholten sich schnell; zwei Frauen erlitten einen Verrennen, eine Frau wurde in bewußtlosen Zustande in das Georg-Schulhaus auf der Hochschar zurückgetragen.

Anfall eines italienischen Luftschiffes. Das Luftschiff Nr. 11, das dem Dampfer Bianca Rano den an Bord befindlichen Nordpolfahrern zu Ehren das Geleit gegeben hatte, mußte nach einer Meldung aus Rom auf dem Rückflug wegen eines unvorhergesehenen Zwischenfalles rund 20 Kilometer von Gaeta niedergehen. Dabei stießen der Major Fern und der technische Leiter Koffi ins Meer und gingen unter. Die übrige Besatzung ist wohlbehalten. Das Luftschiff wurde von rasch herbeigekommenen Kriegsschiffen abgeschleppt und wird wieder instand gesetzt werden.

Krankheiten im Uberschwemmungsgebiet. Wie aus Diegnitz gemeldet wird, liegen im Landkreis Diegnitz nicht weniger als etwa 800 Personen an Grippe, Scharlach, Typhus oder Sumpffieber darnieder. In mehreren Fällen wurde Scharlachfieber festgestellt. Eine Reihe von Landarbeiterinnen, die von Infekten gelitten wurden, mußten wegen Blutvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Dienstag, den 3. August.

1. Rennen. 1. Mojoran (H. Ehler), 2. Zehler Ritter (Kranke), 3. Hildrich (Hauer), Toto: 299:10. Platz: 89, 90, 13:10. Ferner liefen: Canlon, Walsberga, Sennberger Kobbelt, Verschwiegenheit, Feibol, gef., Kettefeld, Kufbaum.
2. Rennen. 1. Erbtertel (Hauer), 2. Aaleider (v. Remins), 3. Licht Alberich (Bismarck), Toto: 49:10. Platz: 13, 15, 14:10. Ferner liefen: Falter, Kornblume, Mirafel, Ganter, Abendwind.
3. Rennen. 1. Eigeninn (H. Ehler), 2. Zaffa II (Hauer), 3. Inbetro (H. Ehler), Toto: 25:10. Platz: 12, 12, 26:10. Ferner liefen: Final, Kalus, Eubo, gef., Singarella, Altenellen, Octavian.
4. Rennen. 1. Stättliche (Kranke), 2. Winterweide (H. Ehler), 3. Eleazar (Hauer), Toto: 118:10. Platz: 18, 16, 13:10. Ferner liefen: Luo nabis, Kemmel, Schumberr, gef., Beteta, gef.
5. Rennen. 1. Karc Anton (Staubinger), 2. Rauberfide (St. Rab), 3. Karal (v. Remins), Toto: 36:10. Platz: 16, 16, 17:10. Ferner liefen: Wiffa, Rabiola, Diamant, Fechterin, Wih Wigotous.
6. Rennen. 1. Normint (Hauer), 2. Kuffigung (H. Ehler), 3. Sternberg (Wahl), Toto: 74:10. Platz: 18, 13, 18:10. Ferner liefen: Eberich, Kugel, Waldbreit, Brigant, Rollen.
7. Rennen. 1. Schnermilch (H. Ehler), 2. Kalafista (v. Herber), 3. Kottler (H. Ehler), Toto: 54:10. Platz: 19, 18, 17:10. Ferner liefen: Caragener, Fedenbrauch, Mäuseturm, Simalho, Klotter, Flamborg, Oldgaffeln.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.)
Mittwoch heiter und trocken, etwas wärmer, besonders in den Tagesstunden. —
Für Deutschland: In Süd- und Ostdeutschland leichte Gewitterneigung, sonst meist heiter, trocken und etwas wärmer.

Verbandstag der Metallarbeiter

Zweiter Verhandlungstag.

Bremen, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Dienstagverhandlungen begannen mit der Fortsetzung der Geschäftsberichte. Der Hauptkassierer Schäfer legte dar, daß sich die Finanzen des Verbandes sehr gebessert haben. Besonders die Vermögen der Verwaltungsstellen haben sich stark vermehrt, es hat sogar den Anschein, als ob über das notwendige Maß hinaus Gelder in den Lokalkassen festgehalten werden. Die Zuschüsse, die gelegentlich bis zu anderthalb Millionen Mark pro Monat ausmachen, haben aufgehört. Die Streikunterstützung ist erhöht und eine Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung wird erwogen. Ein Zusammenarbeiten mit der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten sei notwendig. Mit einer Aufforderung an die Lokalkassierer zu pünktlicher Abrechnung mit der Hauptkasse schloß Schäfer seinen Bericht.

Den Bericht des Ausschusses gab Weiffig-Frankfurt a. Main. Er beschäftigte sich mit internen Vorgängen im Verbandsleben. Redakteur Kummer sprach für die Schriftleitung der „Metallarbeiter-Zeitung“. Er besprach eingehend die Redaktionsführung, verteidigte sie gegenüber Angriffen von kommunistischer Seite und betonte dabei die Notwendigkeit, Vorwürfe wegen sogenannter „einseitiger Schreibweise“ mit Beweisen zu belegen. Jedenfalls seien auf alle diese Proteste, die immer

den Stempel faßlichmüßiger Herstellung trugen, nie die von der Schriftleitung angeforderten Beweisstücke eingegangen. Kummer bestätigte noch einmal die Absicht der Redaktion, alle Richtungen und Meinungen in der Zeitung zu Worte kommen zu lassen, wie es bisher geschah. Die vielen Bände nach einem Ausbau der technischen Beilage könnten zum Bedauern der Schriftleiter nicht in vollem Umfange befristet werden, weil der zur Verfügung stehende Raum nicht ausreicht. Ueberhaupt ist man sich im Vorstand darüber einig gewesen, daß der Umfang der Zeitung nicht vorzeitig vergrößert werden darf. Ein etwa notwendig werdender Abbau würde nur um so unangenehmere Folgen haben müssen. Der Redner erörterte eingehend die Aufgaben der Redaktion in der Beurteilung der Probleme Amerika und Rußland und versprach auch in der Zukunft die „Metallarbeiter-Zeitung“ als Weiserin im Kampfe der Kolonialgesellschaft um ein besseres Dasein zu führen.

Nach den Geschäftsberichten begann die Diskussion. Die Kommunisten schieden den Leiter ihrer Reichsgewerkschaftszentrale, Enderle, als Hauptredner vor. Er anerkannte die objektive Beurteilung der Lage in Rußland im Vorstandsbericht und gab zu, daß bei der Unterstützung der streikenden englischen Bergarbeiter die

eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Deutschen Arbeiterschaft zu berücksichtigen sei. (Zuruf: Na also!)

Die außerordentlich fache Rede Enderles fand nicht viel Aufmerksamkeit bei den Delegierten. Seine Ausführungen waren der übliche Abriß kommunistischer Auffassung von Gewerkschaftsaufgaben und Gewerkschaftspolitik nur mit dem Unterschied, daß sie von anderer Seite schon wirkungsvoller und interessanter vorgetragen wurden. Die Gebantenarmut des kommunistischen Generalsekretärs erfolgte die Fraktion durch eine erhebliche Herabsetzung von Anträgen; bei Abschluß der Rede Enderles lagen bereits deren acht dem Verbandstage vor.

Genosse Reh-Frankfurt a. M. nahm sich die moskowitzische Gewerkschaftspolitik gehörig vor. Durch die blöden Schimpfereien der kommunistischen Presse sei wirklich nichts erreicht worden, viel aber verborgen. Allerdings, wenn mit Druderschwärze die Kapitalisten klein zu kriegen wären, hätte sie die „rote Fahne“ längst mausetot gemacht. Zu den eingetragenen Verbesserungen haben die Kommunisten herzlich wenig beigetragen. Von seinem Redner der KPD. sei je gedanklich so wenig gesagt worden wie in Bremen und Enderle. Weg beschäftigte sich dann eingehend mit dem Erwerbslosenproblem, wobei er neben einer Verbesserung im Unterstufungswesen eine

Herabsetzung der Arbeitszeit

forderte. Das Tempo der gegenwärtigen Arbeitsmethoden und die Notwendigkeit, das riesige Arbeitslofenmeer wieder dem Produktionsprozeß einzufügen, erfordere die Verkürzung der Arbeitszeit. Selbstverständlich muß diese Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnfällung erfolgen. Die Finanzpolitik des Deutschnationalen Schloßen habe es verstanden, das der Arbeiterschaft in Form von Steuern viel zu viel abgenommene Geld der Wirtschaft wieder zuzuführen, wobei natürlich die Unternehmer und die Banken einseitig bevorzugt wurden. Der Verband muß sich bei seinen Kampfmaßnahmen naturgemäß an die wirtschaftlichen Voraussetzungen halten. Daran können auch die Kommunisten nicht vorbeigehen. Die Kommunisten sollten sich doch endlich davon überzeugen, daß mit ihrer fergeleiteten Beschimpfung des ADGB gleichzeitig auch die deutsche Arbeiterschaft beleidigt wird. Die Taktik des Verbandes und seines Vorstandes war und ist richtig, sie gibt genügend Unterlagen für die Propaganda im Lande. Seit dem Verbandstag in Kassel ist unzweifelhaft eine Gesundung im Verbandsleben eingetreten, es liegt nicht im Interesse des Verbandes, diesen Gesundungsprozeß zu unterbrechen. Wenn die kommunistische „Aufklärungsarbeit“ nicht bessere Erfolge zeitigen kann als die Wahl der kommunistischen Delegation zum Verbandstage, so geht es allerdings rapide abwärts. Unser zukünftiger Weg muß

Die Konzentration aller Kräfte

bringen. (Beifolles Bravo bei der Mehrheit der Delegierten.)

In der Vormittagsitzung sprachen noch Niederfirchner-Berlin (KPD.) und Schäfer-Weipzig, der Vorwürfe gegen den Vorstand wegen des Abschlusses eines Reichstarifs für die Heizungsrohrlieger erhob.

Genosse Leipart vom ADGB. antwortete in längeren Ausführungen auf die Angriffe des Kommunisten Enderle gegen den ADGB. Der Bundesvorstand habe nie den Gewerkschaften eine Verlängerung der Arbeitszeit in den Tarifen angetragen, den Unternehmern ist gelegentlich gesagt worden, daß die Gewerkschaften niemals gegen Überstunden gewesen sind, sofern sie sich in gewissen Notfällen nicht umgeben ließen. Der Tarif müsse den Arbeitern dann aber auch nachgemessen werden. Wehlich ist es mit der Rationalisierung der Betriebe. Der ADGB. hat von Anfang an betont, daß die Rationalisierung nicht allein auf Kosten der Arbeiterschaft erfolgen dürfe. Es ist schlimm, daß diese Feststellung hier auf dem Verbandstage erst noch nötig ist. Es ist auch gesagt worden, die Arbeitsgemeinschaften seien zwar offiziell tot, aber unheimlich sehr am Werke. Leipart fragte, ob die Kommunisten etwa verlangen, daß der Bundesvorstand die Unternehmung ängstlich meiden soll, um sie nur aus der Entfernung zu beschimpfen und dann absurd zu sein.

Wie gehen an den Feind heran

und bekämpfen ihn in Verhandlungen genau so, wie es der Vorstand des DVB. auch tut. Wer allerdings nicht das Vertrauen zu sich hat, mit den Unternehmern fertig zu werden, der soll Berufeneren den Platz am Verhandlungstisch frei machen. Der Redner wies darauf hin, daß die Gewerkschaften stets auch die allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen beachten hätten. Sonst dürften sie den Unternehmern nicht den Vorwurf einseitigen Profitinteresses machen. Man hat uns „Reformisten“ genannt. Die deutschen Gewerkschaften haben mit ihrer „Reformarbeit“ in den 50 Jahren ihres Bestehens viel erreicht, mit ihrem wachsenden Einfluß haben sie auch größere Forderungen gestellt, so erst in Breslau nach der Wirtschaftsdemokratie. Der DVB. muß seinen Weg weitergeben wie bisher, notwendig ist aber, daß auch die Mitglieder ihre Pflicht erfüllen. (Beifolles Beifall.)

Saeftow-Berlin (KPD.) erhob maßlose Angriffe gegen den Vorstand wegen der Behandlung der Jugendfrage. Den Standpunkt des Vorstandes vertrat Schlieffert. Er betonte, daß doch schließlich die Gesamtheit des Verbandes im Dienste an den werdenden getan wird. Genosse Ulrich-Berlin teilte zu den Angriffen Saeftows mit, daß sich dieser „äthere Jugendliebe“ erst seit einem halben Jahr mit Jugendfragen beschäftigt, seitdem er nämlich in der kommunistischen Partei dazu angestellt ist. Nicht die Taktik des Vorstandes treibt die Arbeiter aus der Organisation heraus, sondern die wechselnden Parolen der Kommunisten. So lange noch Organisationsvertreter als „Juhälter des Kapitals“ bezeichnet werden, ist an ein kollegiales Zusammenarbeiten nicht zu denken. Es wird dringend Zeit, daß dieser Abfälligkeit aus der Arbeiterbewegung verschwindet. Zur Tarifrfrage meint Ulrich, daß Enderle sowohl als auch Niederfirchner die Auswirkungen eines Tarifiertrages im einzelnen gar nicht mehr beurteilen könnten, da ihre Arbeitsstelle viel zu weit vom Betriebe abliegt.

Die Genossen Haf-Danabrüd und Schulenburg-Karlshorst rechneten dann mit den Kommunisten ab. Haf zeigte dann, wie dort, wo die DVB-Kollegen um die christlichen Arbeiter werden, die Kommunisten mit ihrer blöden Radaupolitik dazwischen fahren und alles wieder kaputt machen. Saeftow hat die christliche Textilarbeiterzeitung als Muster in der Jugendfürsorge hingestellt. Er vergah dabei nur, daß der Metallarbeiterverband eine eigene Jugendzeitung hat. Das ist denn schließlich doch systematisch bestellte Opposition, die aus dem Verbandsleben verschwinden muß. Schulenburg sprach sich für eine baldige Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge aus.

Am Mittwoch finden die Abstimmungen über den Vorstandsbericht statt. Ferner sprechen dann noch am Mittwoch Staatssekretär a. D. Prof. Hirsch und Regierungsbaumeister Schäfer über Wirtschaftsfragen.



Den Abend „im Volkston“ ließ man sich gern gefallen. Statt kitschiger Familienblättchenvolkstümeln gab es diesmal wirklich Volkslieder neben echten Volksliedern. Am meisten Freude bereiteten die wohlgeleiteten Darbietungen der „Märkischen Singchar“. Diese Sängervereinigung hat in der Pflege des Volkstieses mit Recht eine Kulturarbeit der Jugend erkannt, mit der sie es trotz ihres irisch-fröhlichen Darauslossingens sehr ernst nimmt. Doch auch Karl de Bogi mit seinen freien Liedern zur Gaute hat sicher viel Beifall gefunden. Käte Philippa sang dagegen um eine Rüance zu akzentieren. Sie betonte besonders in den heiteren Liedern stets ein wenig ihre Darüberstehen. Die Volkslieder, die Bruno Seidler-Winkler gewiß geschäft, aber doch ihrem Charakter entfremdet, als Duette bearbeitet hat, lagen ihr merkwürdig schwer. Adolf Hente war ihr ein stimmlich befähigter Partner. — Rochus Schmidts Vortrag, eine Kfrifaruudfahrt, hätte interessant sein können, da der Redner wahrscheinlich über eine gründliche Kenntnis des Landes verfügt. Leider hielt er aber die Mitteilungen, wann er zum Lunde eingeladen wurde, oder wo er sich an eisgefühltom Seil erlobt hatte, für so wichtig, daß er sie auf Kosten des eigentlichen Inhalts seinem Vortrage einverleibte. Wöllig überflüssig war aber, daß Rochus Schmidt zum Schluß den Generalmajor a. D. herozobetrie und mit schönen Sätzen vom „stark befestigten Bollenrumh“ Englands und von Wiedergutmachung des an uns begangenen Unrechts die Zuhörer politisch erbaute. Johannes Müller, der über „Die Kämpfe in China und ihre Ursachen“ sprach, zeigte dagegen, daß man in politischen Vorträgen auch Zurückhaltung üben kann. Er vermied es zwar in dem Rückblick auf die politische Vergangenheit des Landes etwa der deutschen Mißgriffe in Frage chinesischer Politik zu gedenken, blieb aber sachlich und ersah so sicher vielen Zuhörern das Verständnis für das China der Gegenwart.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 4. August.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
5-6.30 Uhr abends: Viertes Kinderfest. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater und Filmdienst. 7 Uhr abends: Dr. med. vet. Th. Fleischhauer: „Die Entwicklung der Fleischbeschau vom Altertum an bis in die Neuzeit“. 7.25 Uhr abends: Dr. Adolf Grubowsky: „Die Wirtschaftslage Frankreichs“. 7.55 Uhr abends: Einführung zu dem Suedespiel „Der Vetter aus Dingsda“ am 6. August. 8.30 Uhr abends: Wort und Lied. 6. Abend. Mörcke. 1. Einleitende Worte: Dr. Hans Gerhardt Vaas. 2. Hugo Wolf: a) An eine Acolsharfe, b) Verborgenheit, c) Auf ein altes Bild (Hermann Schey, Bariton). 3. Resitation (Karl Ebert). 4. Hugo Wolf: a) Er ist's, b) Erstes Liebeslied, c) Rob. Schumann: Die Soldatenbrant op. 64 Nr. 1 (Florence Thiel-Losey, Sopran). 5. Resitation (Maria Fein). 6. Hugo Wolf: a) Nixe Binsefuß, b) Ellenlied (Florence Thiel-Losey, Sopran). c) Der Feuarreiter (Hermann Schey, Bariton). Am Pügel: Bruno Seidler-Winkler. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Mittwoch, den 4. August.

1.10-1.40 Uhr nachm.: Lektor Grandner u. Walinski: Französisch für Schüler. 3-3.30 Uhr nachm.: Stud.-Rat Friebe und Lektor Mann: Englisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Stud.-Rat Friebe und Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 4 bis 4.30 Uhr nachm.: Oberstudienrat Dr. Brunner: „Die Staatsgründungen im deutschen Osten“. 4.30-5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5-5.30 Uhr nachm.: Anna von Gierke: „Die Mitarbeit der Hausfrau in den Berufsvereinen der Hausfrau“. 8 Uhr abends: Uebertragung aus Stuttgart.

Ein Blick genügt!

MANOLI
Dandy
ZIGARETTEN, 49

Verständnisvoll greift der Raucher zu dieser Zigarette. Er weiß das Gute zu schätzen.

Hemmungen der Arbeitsbeschaffung.

Wie Notstandsarbeiten beschleunigt werden können.

Die Erwerbslosenziffer ist in Berlin immer noch beängstigend hoch, obgleich die Winterarbeitsruhe noch nicht sichtbar ist. Schon beginnt die Ungeduld der Erwerbslosen sichtbaren Ausdruck zu finden. Und wenn diese Ungeduld oft auch einer sehr primitiven Einsicht in das Wollen und Können unserer öffentlichen Organe entspringt, so ist sie doch auch für den tiefer Schauenden und Einsichtigen keineswegs unberechtigt.

Zählen wir einmal einige Tatsachen auf: Der Reichsfinanzminister behauptet, für öffentliche Arbeiten kein Geld zu haben, — für die unproduktive Erwerbslosenunterstützung stehen aber monatlich mehr als 100 Millionen Mark zur Verfügung. Die produktive Erwerbslosenfürsorge hat noch immer nicht die Formen erhalten, mit denen es auf schnellstem Wege möglich ist, den Arbeitslosen produktive Arbeit zu gewähren.

Das Reichswirtschaftsministerium hat zu Beginn dieses Jahres den Standpunkt vertreten, daß dem Bauprogramm sozial Kapital zuzuführen sei, daß ein Mangel an Arbeitskräften auf dem Bauprogramm eintreten müsse, und heute: die Zahl der erwerbslosen Bauarbeiter beläuft sich in einer Zeit, in der sonst höchste Konjunktur herrscht, auf 20 Proz.

Das Reich stellte dem Wohnungsbau einen Kredit von 200 Millionen Mark zur Verfügung. Mit der Bauwirtschaft nicht vertraute Beamte umgeben diesen Kredit aber mit einem Drahtgitter von Paragraphen, der ihn für den Bauprogramm wertlos macht und ihn in den Reservoirkasten brochliegen läßt.

Aus diesen und vielen anderen Tatsachen haben nun weder das Reich, noch die Länder und Gemeinden die Lehre gezogen, daß ein Heer von 2 Millionen Arbeitslosen mit Palliativmitteln nicht beschäftigt werden kann und daß die produktive Erwerbslosenfürsorge denn doch etwas Kühner angefaßt werden muß.

Kühner insofern, daß man allenthalben den Mut aufbringen müßte, diese Fürsorge von dem schwerfälligen Instanzenzug unserer Behörden und Beamter unabhängiger zu machen und die Durchführung der Fürsorge in die Hand von Kommissaren zu legen, die mit weitgehendsten Vollmachten ausgestattet wären.

In Arbeitsgelegenheit fehlt es uns weder im Reich, noch in den Ländern und Gemeinden. Man kann aber auch behaupten, daß es in Deutschland nicht an Kapital fehlt, um gut eine Million Erwerbslose zu produktiver Arbeit zu führen. Woran es uns fehlt, ist lediglich schnelles und bevollmächtigtes Handeln. Diese Behauptung will ich nur an einem kleinen Beispiel erläutern, das nicht nur für Berlin, sondern auch für andere Städte von Bedeutung ist.

In Berlin steht das Kapital zum Bau von 10 000 bis 13 000 Wohnungen zur Verfügung. Dieses Kapital wird und muß auch in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen. Wenn es nicht in schnellerem Tempo in die Bauwirtschaft hineinfließt, dann liegt dies lediglich daran, daß unsere Behörden nicht entschlußkräftig genug und unbureaucratisch arbeiten. Ruh es denn sein, daß die Bauprogramme des Jahres 1926 in Berlin erst im Juni/Juli bewilligt und zum großen Teil (dank der umständlichen Behördenarbeit) erst im Jahre 1927 verbaut werden? Warum werden denn nicht nach einer fünfjährigen Bauzeit die Behinderungen über das Bauprogramm des Jahres 1927 schon heute geführt, damit im Februar/März mit dem Bau von

Wohnungen begonnen werden kann? Und warum werden diese Bauprogramme nicht bereits heute aufgestellt?

Wenn es feststeht, daß Berlin auch im Jahre 1927 aus Hauszinssteuermitteln mehr als 75 Millionen Mark für den Wohnungsbau erhält, warum werden diese Mittel für einen höchsten Notstand nicht schon heute flüssig gemacht? Gegen Verpfändung dieser sicheren Steuereinnahme lassen sich nicht nur von Banken, sondern auch von anderen geldgebenden Kreditinstituten, und wenn es sein muß, mit einem gewissen Druck der Obrigkeit, Kredite flüssig machen. Solche Kredite lassen sich dann auf schnellstem Wege in produktive Arbeitswerte umwandeln, die Tausende von Erwerbslosen zu Arbeit und Brot bringen können. Hier ein kleiner Programmschnitt:

Die Wohnungsfürsorgegesellschaft als gemeindlicher Träger des Wohnungsbauens in Berlin erteilt folgende Aufträge für rund 6000 Wohnungen auf den Markt:

1. die Herstellung von genormten Türen, Fenstern, Fußböden usw. zur Beschäftigung arbeitsloser Holzarbeiter;
2. die Herstellung von Beschlägen für Türen und Fenster, zur Herstellung von Baueisen, wie: Träger, eiserne Lärzangen, Klempnermaterial usw. zur Beschäftigung arbeitsloser Metallarbeiter;
3. die Herstellung transportabler Defen als Füllarbeit für arbeitslose Töpfer im Winter und die Beschaffung des Eisengerätes hierfür zur Beschäftigung arbeitsloser Metallarbeiter sofort;
4. die Herstellung von Badewannen, Bodeböden, Klosettbojen mit deren Armaturen, die Herstellung von Jähren für Gas, Wasser, elektrischen Strom u. a. m.

Ein solches Programm könnte noch wesentlich erweitert werden. Durchführbar ist es für den, der es durchführen will, durchführen kann und die Macht dazu erhält, sich gegen jede Sabotage zu schützen. Die Stadt Berlin hat ihre wirtschaftliche Macht auf dem Arbeitsmarkt als Konsument und Auftraggeber noch nicht ausgenutzt. Warum muß die Stadt Berlin, die 6000 Wohnungen zu 95 Proz. selbst finanziert, ihren machtvollen Einfluß auf den Arbeitsmarkt an 500 bis 700 Bauherren abgeben und dadurch zersplittern? Warum soll die Stadt Berlin durch die Konzentration der Aufträge nicht die günstigsten Preise ausbilden dürfen? Warum soll die Stadt Berlin nicht darüber wachen, daß ihr Kapital den Berliner Arbeitslosen Arbeit verschafft, anstatt daß es über 500 bis 700 unkontrollierte Bauherren und deren Unternehmer und Sublieferanten in alle Provinzen des Reiches wandert? Hier liegt die Möglichkeit einer Selbsthilfe der Stadt Berlin vor, die noch nicht in Anspruch genommen worden ist.

Ich will mit diesen Vorschlägen keineswegs dem städtischen Regiebau das Wort reden. Ich kenne die Schwächen dieser Methode zur Genüge. Ich weiß aber auch, daß ein engeres Hand-in-Hand-Arbeiten mit einer städtischen, rein dirigierenden Stelle und leistungsfähigen gemeinnützigen Siedlungsunternehmen als ausführende Träger eines archaischen städtischen Aktionsprogramms die Nachteile des Regiebetriebes vermeidbar machen. Im übrigen kommt es bei derartigen Aktionen nicht so sehr auf das Spätere als auf die Köpfe an, die den besten Plan zur Ausführung zu bringen haben. Und sollte Berlin so arm an Köpfen sein?

Dr.-Ing. Martin Wagner.

Die Finanzlage der Reichspost.

80 Millionen Anleihe.

In der letzten Verwaltungsratsitzung der Deutschen Reichspost wurden Mitteilungen über die Geschäftslage im Monat Juni gemacht. Danach sind die Betriebseinnahmen wieder erheblich, um 26 Millionen, hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Die Finanzlage bleibt im Zusammenhang mit der schlechten Wirtschaftslage weiterhin gespannt, auch mit Rücksicht auf den an sich geringeren Sommerverkehr. Der Briefverkehr blieb auf der Höhe, der Paket-, Postanweisung- und Zahlartenverkehr ging zurück; insbesondere sind die Guthaben auf Postsparkonten um 19 Millionen weiter zurückgegangen. Der Telegraphenverkehr blieb gegen Mai um 11 Proz. die Zahl der Rundfunkteilnehmer um 38 000 (Juni) zurück. Die Reichspostverwaltung führt die Rückgänge hauptsächlich auf die besonderen Umstände des Sommerverkehrs zurück und erwartet zum zweiten Halbjahr einen Ausgleich durch die stärkere Winterbeanspruchung der Postdienste.

Der Ausführung des für 1926 vorgesehenen großen Bauprogramms dient die jetzt erfolgende Auflegung von 80 Millionen 6½-prozentiger Reichsschuldenscheinanleihe, des Restes der Gesamtanleihe von 150 Millionen, von der 70 Millionen in diesem Frühjahr bereits begeben worden sind. Die Anleihe ist bereits 1930 zum Nennwert rückzahlbar und wird zu einem Zinssatz von 99,5 Proz. aufgelegt. Der Kurs ist für die Post erheblich günstiger als der von 98 Proz., der für die ersten 70 Millionen einging und bringt der Reichspost einen Mehrerlös von 1,2 Millionen Mark.

Mit einem Betrag von 20 Millionen greift die Reichspost neuerdings auch unmittelbar in die Arbeitsbeschaffung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein. 16 Millionen sollen allgemein Hochbauten der Post, 3 Millionen der Beschaffung von Bogenhallen und eine Million der Wohnungsfürsorge für Postangestellte dienen. Der größte Teil dieser Beträge wird also dem Bauprogramm zugute kommen, dessen Stärkung für die Befehung der Industrie besonders wichtig ist.

Die Handelskammern zur Wirtschaftslage.

Die Berichte der preussischen Handelskammer über die Wirtschaftslage im Monat Juli sind, obwohl eine Reihe von Besserungsercheinungen verzeichnet werden, auf einen zurückhaltenden Ton gestimmt. Eine durchgreifende Besserung in der Gesamtlage der Wirtschaft ist im Monat Juli nicht eingetreten, doch setzte sich die Besserung im Bergbau fort und griff auf die Großindustrie über. Auch die Bekleidungsindustrie und das Vertriebsgewerbe konnten eine Belebung des Geschäftes feststellen. Auf anderen Gebieten erweckt die in Aussicht genommene Schaffung von Arbeitsgelegenheiten durch Reichskredite gewisse Hoffnungen. An der Börse verminderten sich die rein spekulativen Umsätze, doch blieb die Grundstimmung fest.

Aus den Berichten über die einzelnen Gewerbegebiete ist hervorzuheben: die Kohle- und Eisenindustrie profitierten vom Stillstand im englischen Bergbau. Im Einzelhandel trat eine leichte Belebung ein. In der chemischen Industrie befriedigten Auftragsengänge bei Zwischenprodukten, Schwefelkohlenstoff, pharmazeutischen und photographischen Artikeln. Unwesentlich verändert hat sich der Geschäftsgang in der elektrotechnischen Industrie. Die Kraftfahrzeugindustrie verzeichnet zwar eine leichte Besserung, doch blieb die erhoffte Belebung aus. Die Lage des Baugewerbes muß noch immer als wenig befriedigend bezeichnet werden. Daher hielt die schlechte Beschäfti-

gung in der Industrie der Steine und Erden weiter an. Ebenso blieb der Schnittholzmarkt weiter flau. In der Gummiindustrie belebte sich das Reisengeschäft. In der Tuchindustrie, in der Baumwoll- und Samtindustrie sowie auch in der Leinenpinnerei trat eine gewisse Entspannung ein, die örtlich verschieden ist. Der Markt für Rohhäute und Felle brachte einen vollständigen Umschwung. Die Nachfrage nach Leder war sehr lebhaft, auch die Schuhindustrie erhielt gute Aufträge. Der Weidhandel war im ersten Monatsdrittel bei anziehenden Preisen lebhaft, ging aber angesichts des sonnigen Wetters zurück. Die Nachfrage in der Margarineindustrie hat saisongemäß nachgelassen. Das lang erwartete wärmere Wetter brachte der Fleischwarenindustrie stärkere Nachfrage und besseren Absatz. Im Fischgroßhandel stiegen im letzten Monatsdrittel bei verringerten Zufuhren die Preise. Im Braugewerbe hat sich der Absatz gegenüber dem Vormonat gehoben, die Verbrauchsziffer des Juni wird übertroffen werden, obwohl das neueinsetzende Regenwetter einen Rückschlag brachte. Auch in der Tabakindustrie hat die im Vormonat festgestellte Besserung langsame Fortschritte gemacht, so daß sich die Beladungen in den Nebenindustrien — Risten, Kartonnagen, Packungen — fortsetzen konnte.

Die Filmindustrie hat ihre Produktionstätigkeit noch nicht gesteigert, die Lichtspieltheater hatten sehr geringen Besuch. In der Klavierindustrie trat noch keine Besserung ein. Das Geschäft im Papiergroßhandel war etwas lebhafter, dagegen hat sich das Verlagsgewerbe nicht beleben können. Das Auslandsgeschäft im Lokomotivbau lag vorläufig noch danieder, während der Waggonbau eine gewisse Besserung verzeichnet.

Der Arbeitsmarkt in der letzten Juli-Woche.

Bei der Mehrzahl der Landesarbeitsämter hat die leichte Besserung der Arbeitsmarktlage angehalten, besonders im Osten des Reichs, aber auch in Hannover, in der Provinz Sachsen und Thüringen. Auch in Berlin hat die Zahl der Arbeitslosen etwas abgenommen. Ein leichtes Steigen der Arbeitslosigkeit wird aus Hamburg, aus Württemberg und aus Oberfranken berichtet. Die stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften geht ganz überwiegend von der Landwirtschaft aus. Die Belebung des Arbeitsmarktes, die in der Industrie einzelne Gruppen der Industrie der Steine und Erden, teilweise das Textilgewerbe, vereinzelt die Industrie der Rohstoffe und Genussmittel und das Bekleidungs-gewerbe, mehrfach das Bau- und das Gaststättengewerbe zeigen, würde den allgemeinen Zugang an Erwerbslosen aus der Industrie und Gewerbe, insbesondere der Maschinenindustrie und der Holzindustrie, kaum ausgleichen können. Die Anforderungen der Arbeiter wurden teilweise durch Regen und Hochwasser eingeschränkt.

Die Kaliindustrie droht.

Beläge Uebererklärungen wie noch im Kampfe um die Kalipreiserhöhung zu erwarten haben, deutete die Generalversammlung der Halldorff A.-G. für Bergbau, Hannover, an. Der bekannte Kommerzienrat Hermann Gumpel nahm Gelegenheit, sich eingehend über die strittigen Fragen der Kalipreiserhöhung zu äußern. Dabei wies er auf die Möglichkeit hin, daß, selbst wenn im Reichskalifarat, der augenblicklich durch eine Kommission die Unterlagen der Kaliindustrie für eine Preiserhöhung unterliegt, einer Erhöhung zugestimmt wird, der Wirtschaftsminister sein Veto einlegen könnte. In diesem Falle bliebe nur Selbsthilfe übrig; sie besteht nach den Ausführungen Gumpels im Fortfall der Rabatte und in einer weiteren Stilllegung. (Für die Halldorff A.-G. kommen z. B. für eine solche die bekannten Gewerkschaften Riedel und Desdemona in Betracht.)

Wenn Werte in der Kaliindustrie für die Stilllegung reif sind und wenn der Rationalisierungsprozeß es erfordert, dann kann man

das Schicksal der Schächte auch nicht durch Preiserhöhungen, selbst wenn man sie in einem Ausmaß von 19 Proz. fordert, aufhalten. Früher oder später wird dann die Stilllegung erfolgen müssen. Stellt man sich aber, wie das Kommerzienrat Gumpel tut, auf den Standpunkt, wenn die Preiserhöhung nicht bewilligt wird, muß die Stilllegung erfolgen, so darf angenommen werden, daß hier Stilllegungen als Druckmaßnahmen gegen den Reichskalifarat und gegen das Reichswirtschaftsministerium geplant werden, die durchweg unbegründet sind. Wir haben in der letzten Zeit, besonders im Falle der westfälischen Zeche „Margarethe“, gesehen, wie derartige Stilllegungen vollzogen werden und sind überzeugt, daß eine Unternehmung, wie sie im Falle „Margarethe“ vorgenommen worden ist, zu ähnlichen Ergebnissen führen wird. Der Reichskalifarat und das Ministerium sollten gegenüber Drohungen, wie sie auf der Generalversammlung der Halldorff A.-G. laut geworden sind, nur ruhig Blut bewahren und die Kaliindustriellen durchaus nicht darüber im unklaren lassen, daß man mit ähnlichen Mitteln wie im Fall der Zeche „Margarethe“ vorgehen wird.

Die Möglichkeit der Reparationszahlungen.

In dem eben erschienenen „Deutsch-Nordischen Jahrbuch 1926“ unterwirft der bekannte schwedische Professor und Finanzfachverständige Gustav Cassel den Dames-Plan und den ersten Jahresbericht des Dames-Agenten in Deutschland einer eingehenden Kritik und kommt zu dem Schluß, daß außergermännliche Verhältnisse die Zahlungsfähigkeit für die Reparations-schuld bisher ermöglicht haben, daß aber „die Aussichten für die Möglichkeit künftiger Reparationszahlungen nicht besonders gut sind“. Deutschland habe die Zahlungen dieses Jahres indirekt durch die Aufnahme ausländischer Kredite geleistet, es „kann nicht in Ewigkeit damit fortfahren, neue Kredite im Ausland aufzunehmen, es muß sich im Gegenteil darauf vorbereiten, bedeutende Teile der bereits erhaltenen Kredite in den nächsten Jahren zurück-zuzahlen“. Künftige Zahlungen könnten nur bei einer positiven Handelsbilanz Deutschlands, und zwar durch Vergrößerung der deutschen Exportwaren empfangen fall, geklärt worden ist, die Möglichkeit von Reparationszahlungen im größeren Umfang sehr zweifelhaft ist.

Abschließend schreibt Prof. Cassel: „Auch wer eine besonders optimistische Auffassung von der kommenden Entwicklung der industriellen Produktionsfähigkeit Deutschlands hat, muß sich angesichts dieser Tatsachen sagen, daß, bevor die Frage, wer diese Masse von deutschen Exportwaren empfangen soll, geklärt worden ist, die Möglichkeit von Reparationszahlungen im größeren Umfang sehr zweifelhaft ist.“

Zur italienischen Wirtschaftskrise.

Russolinis Volksblatt, der „Popolo d'Italia“, stellt sich die Frage, ob es eine Krise in Italien gebe, und beantwortet sodann diese Frage mit Argumenten, die deren Richtigkeit beweisen sollen.

Erfolgt, so antwortet das Blatt, gibt es keine Arbeitslosigkeit. Weiterhin gibt es, so fährt es fort, eine große Anzahl Leute, die täglich ins Gebirge oder an die See reisen. Im übrigen seien die Kinatheater immer überfüllt. Schließlich — und das ist das Hauptargument — seien die Dividenden der Aktiengesellschaften sehr hoch und die Börsenpapiere würden reichliche Gewinne ab.

Der „Popolo d'Italia“ vergißt bei diesem letzten Argument leider hinzuzufügen, daß die Industrie in Zeiten der Krise die Löhne zu beschneiden und die Arbeitszeit herabzumindern pflegt, ehe sie die Dividenden der Aktionäre zu beeinträchtigen wagt. Die unverdächtigste Antwort auf seine Frage erhält der „Popolo d'Italia“ von dem „Wirtschaftlichen Nachrichtenblatt des faschistischen Industrieverbandes“. Es schreibt:

„Das Gefühl des Drucks und der Unsicherheit fährt fort, auch in den letzten Wochen das Wirtschaftsleben zu beherrschen. Die Unzuverlässigkeit des Wechselkurses macht fast jede Voraussicht auf den zukünftigen Markt unmöglich und zwingt Käufer und Verkäufer, mit der äußersten Vorsicht zu handeln, und verhindert damit den Abschluß von Geschäften. Andererseits erleiden die Rohstoffe, die wir aus dem Ausland einführen müssen, Preiserhöhungen, die sich in den Preisen der Waren unbedingt auswirken müssen. Diese als allgemein festzustellende Situation des Inlandmarktes kann auch die Schwierigkeiten für heute bereits abgeschlossene Verkäufe erhöhen. Die industriellen Unternehmungen geben sich die größte Mühe, ihre Aktivität aufrechtzuerhalten, aber sie haben nicht immer die Möglichkeit, die ihren Absichten zu diesem Zwecke entsprechen. Auf jeden Fall bleibt die Sorge für die unmittelbare Zukunft angesichts der allgemeinen Lage des Inlandmarktes, der verschiedenen Auslandsmärkte und der Finanz- und Kreditverhältnisse unstill.“

Das Nachrichtenblatt fügt hinzu, daß die schon verminderte Tätigkeit einzelner Industriezweige, namentlich der Textilindustrie, bereits ihre Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt gezeigt haben.

D. C.

Anhaltender Rückgang der Konkurrenz. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im Juli d. J. durch den „Reichsanzeiger“ 701 neue Konkurse — ohne die wegen Wassermangels abgelehnten Anträge auf Konkurseröffnung — und 366 angeordnete Geschäftsaufsichten befristet. Das sind gegenüber dem Juni 212 Konkurse und 112 Geschäftsaufsichten weniger. (Die entsprechenden Vormonatszahlen stellen sich auf 913 bzw. 477.)

Die Sanierung der Stadt-Motorflug A.-G. Nachdem die Stadt-Motorflug A.-G. aus dem Bahn-Konzern losgelöst ist, blieb der Generalversammlung nur übrig, den Schlußstrich unter diese Episode in der Geschichte der Gesellschaft zu machen, um ihr dadurch das Weiterarbeiten zu ermöglichen. Das geschah durch Zusammenlegung des Aktienkapitals im Verhältnis 2:1 und Umwandlung der 100 000 R. Vorzugsaktien in Stammaktien. Das Aktienkapital beträgt nunmehr 2,25 Mill. R. Dadurch wird der buchmäßige Verlust von 2,585 Mill. R. getilgt. Ein weiterer Verlust von 1,44 Mill. R. ist auf Reorganisationskonto verbucht. Für seine Tilgung werden die in der Verbuchung der Anlageverträge vorhandenen stillen Reserven in Anspruch genommen und es wird eine Höherbewertung dieser Anlagen vorgenommen. Die Wiederaufnahme des Betriebes findet nach Mitteilung in der Generalversammlung Anfang August statt. Der Verkauf ihrer Fabrikate wird der Gesellschaft dadurch erleichtert, daß sie zu dem Kreis der Interessenten, der mit Reichsbeteiligung gegründeten Traktoren-Gesellschaft gehört, deren Ziel die Beschaffung von Landmaschinen auf dem Wege des Kredits ist. Die 6,370 Millionen Verbindlichkeiten drücken die Stadt-Gesellschaft nicht, da ihr hierfür weitgehende Stundungen und leichte Zahlungsbedingungen gewährt sind.

Die Polarisierung der polnisch-schlesischen Giesche-Gesellschaft, worüber zwischen dem amerikanischen Harriman-Konzern und der polnischen Regierung Verhandlungen schweben, ist jetzt, wie uns unser Breslauer Mitarbeiter meldet, Tatsache geworden. Die beiden deutschen Generaldirektoren des Konzerns wurden aberufen. An ihre Stelle tritt der bisherige stellvertretende Direktor, der Rationalspol ist. Diesem Wechsel in der Leitung dürfte bald eine weitere Anpflanzung der Veronalpolitik des großen Konzerns folgen. Die Giesche-Harriman-Gesellschaft stellt damit ihren Dank an die polnische Regierung für den umfangreichen, ihr gewährten Steuer-nachlass ab. Die Belagerer der deutschen Giesche-Gesellschaft aber haben auf Kosten des Deutschlands wenigstens ihre diesseits der Grenze gelegenen Betriebe sanieren können. Es handelt sich bei ihnen um „leht nationale“ Kreise des schlesischen Adels und des Süddeutschen Verbandes.

Die unbegreifliche Erscheinung.

Drei Groskesen aus dem Leben des modernen russischen Dorfes von Pantelejmon Romanow.

Alle wußten, daß Konjka noch keinen Kopeken gesehen hatte. Und als jemand zwei Wochen nach seinem Stellungsantritt seinen Hintern ins Licht rückte, so waren der Flak und die Löcher auf dem Platz.

„Da hast du die ganze Abrechnung auf der Hand.“

Die Besonderheit Konjkas als Verwalter des Lades war die, daß er nie Schulden einlieferte.

Es ist möglich, daß er dabei folgende Erwägungen hatte:

„Sie sind der Inhaber, die Bude gehört ihnen, und falls sie nehmen, so werden sie schon wissen, wann sie zu bezahlen haben.“

„Aber vielleicht hatte er gar keine Erwägungen.“

„Gib's Petroleum?“ fragte irgendein Käufer drei Wochen nach Eröffnung dieser Bude.

„Kein, aber Leer.“

„Leer brauche ich nicht, ich laufe schon die zweite Woche nach Petroleum.“

„Nun, wirfst die dritte auch noch laufen, was meinst du, ich soll deines Petroleums wegen in die Stadt fahren? Nimm da gegenüber im Laden.“

Nach vier Wochen war die Kooperativle leer.

„Das sind aber Umsätze“, sagten die Bauern, „und wir fürchteten, keinen Umsatz zu haben.“

„Eh, was schläfst du denn, und schläfst nicht nach Ware?“ rief man Konjka zu.

„Kein Geld da.“

„Die ganze Bude ist ausverkauft und kein Geld? Man wird Revision machen müssen.“

Die Revision kam. Da aber Konjka keinen Kredit angeschrieben hatte, so konnte die Revision nicht feststellen, wer so gewissenlos gegenüber dem Genossenschaftseigentum war.

„Wer nahm auf Rechnung?“ fragte der Revisor.

Alle standen herum und schauten zur Seite aufeinander.

„So wird man von dir die Schulden eintreiben müssen“, sagte der Revisor zu Konjka.

Und alle sahen, wie Konjka sich herumdrehte und dem Revisor das zeigte, was er gewöhnlich jedem zeigte, der von Schuldeintreibung sprach.

Der Revisor schaute ganz mechanisch auf diese Stelle, und sah das, was alle schon gesehen hatten: den Flak und zwei Löcher.

II.

Sobald beschloß man, daß es besser wäre, mehr zu bezahlen, aber dafür einen richtigen Menschen hinzustellen, der den ganzen Tag hinter dem Ladentisch steht, nicht auf Tod und Teufel pumpt, und alles einschreibt.

Man wählte Rubanoff, den früheren Aufsichtsrat, der auf Befehl aus der Stadt wegen Mißbrauchs der in seinen Händen liegenden Macht abgesetzt worden war. Dieser Mann war zur Macht geboren, und hatte in seiner Aufsichtsratsstätigkeit, die er ein halbes Jahr ausgeübt hatte, seinen wahren Beruf gefunden. Er glaubte, daß das hell jeder Sache in Strenge und Ordnung liege. Als man ihn damals absetzte, fühlte er sich aufs tiefste betroffen. Als man ihn nun zum Lagerhalter wählte, sagte er nur:

„So, so, ihr Schufte, habt ihr mich nun endlich erkannt!“

Auf seinem neuen Posten bewies er, welche Wunder bewußte Nachsicht bewirken kann, selbst auf einem so winzigen Felde, wie ihm nun vergönnt war. Wenn die Leute sich dem Laden näherten, so begannen ihnen die Zähne zu klappern, als ob es zum Staatsanwalt ginge, der ihnen die Eingeweide nach außen legen und auswischen würde.

Rubanoff sah immer hinter der Zeitung. Ertpelte ein altes Mütterchen in den Laden, so ertönte es durch hinter der Zeitung hervor:

„Was nötig?“

„?!“

„Was willst du hier?“

„Ja, Mütterchen, ich wollte, was wollte ich nun...“

„Was?! Sprich schnell! Was trödest du da! Ist dir die Zunge gelähmt? He!“

„E Rüssel Petroleum woll' ich!“

„Wo nimmst dein Sohn das Geld dazu her? Ich werde euch schon kommen. Alles werde ich an's Tageslicht bringen! In die Kirche gehst du? Und der Pope kommt zu dir ins Haus? Was stotterst du da, sprich doch richtig! Hast du auch die Steuern bezahlt? Nein? Woher nimmst du denn das Geld? Mir entgeht nichts! Wer ist auf die Sparkasse gegangen? Ich sehe von hier alles! Das wird alles gemeldet werden! Da hast du dein Rüssel! Nimm's und laß dich nicht mehr sehen!“

Ganz verstört huschte die Alte aus dem Laden, hastete fort und betrauerte sich, so oft sie sich umschaute.

Rubanoff wußte, daß seinem Posten der Behuf innewohnte, in alle Lebensgeheimnisse seiner Mitbürger einzudringen, und benahm sich vor den Käufern, wie ein Chef zu seinen Angestellten, von denen er zunächst einmal alle Anzeichen der Furcht forderte. Seine größte Wonne war, sie vor Angst zittern zu sehen und gewahr zu werden, wie ihre Zunge von einem einzigen Anschmazer am Gaumen festklebte.

Das Geschäft verachtete er im Grunde genau so, wie Konjka, und schob es ganz hinten an. Zuallererst kam bei ihm ein Regiment der Strenge und Ordnung. Die Bedürfnisse der Käufer verachtete er und hielt ihre Wünsche für Annäherung.

„Was gibst du mir da, ich hab ja um Leer!“ sagte irgendein junges Mädchen.

„Nimm, was man dir gibt. Leer gibst nicht. Krom da nicht herum. Nimm es ja, sonst geht es dir schlecht! Und rätsonier nicht, sonst werd ich's melden. Und du?“

„Petroleum.“

„Gegenüber!“

Bei diesem Lagerhalter fand die Revision völlige Ordnung in den Büchern, aber auch völligen Stillstand im Handel. Niemand wollte oder konnte mehr kaufen, obgleich die Verwaltung die Preise um 20 Prozent gegenüber Fomitschew gesenkt hatte.

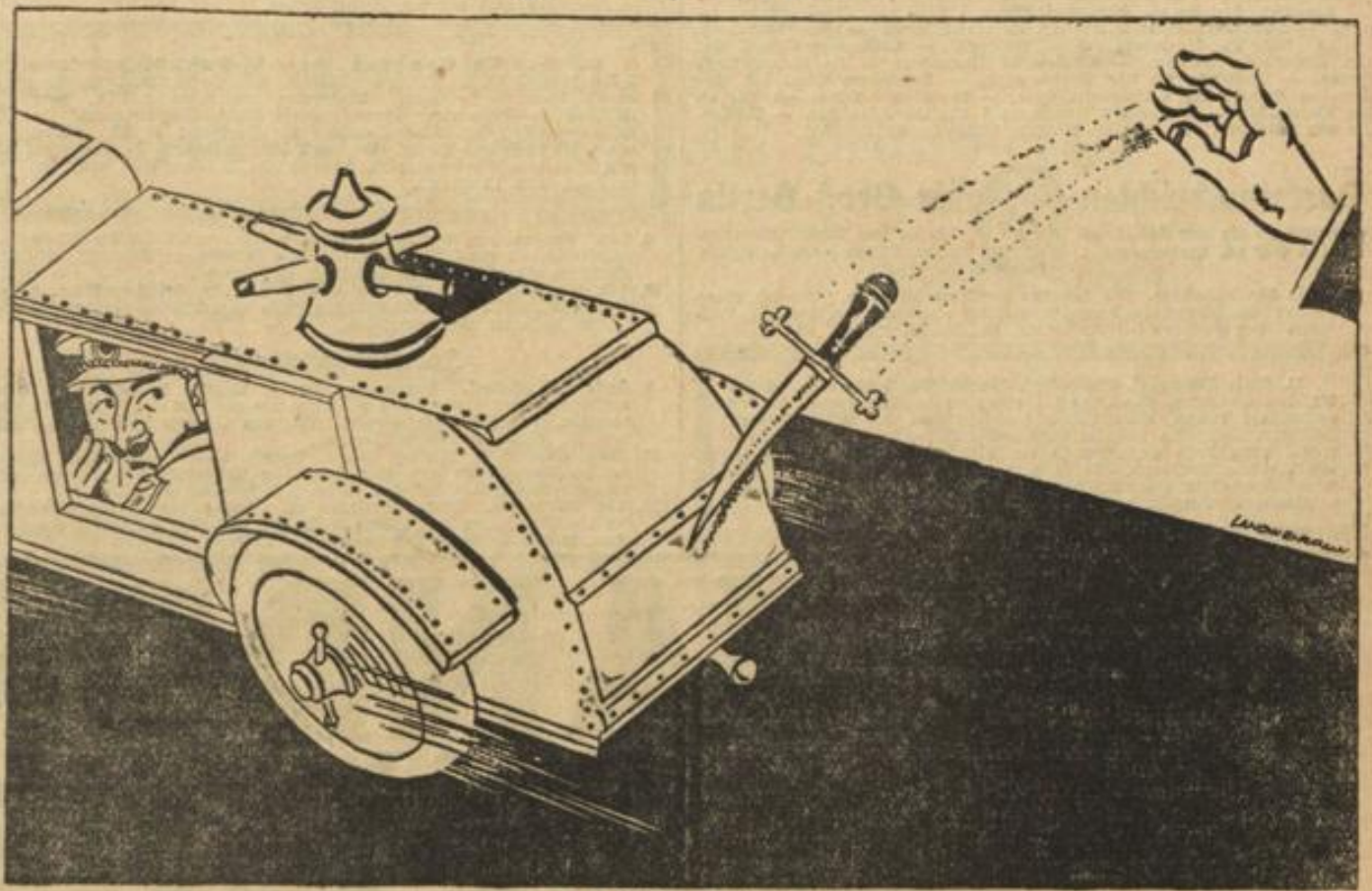
„Fomitschew, bist du noch am Leben?“ fragte jemand.

„Ganz lieblich“, antwortete der Händler und lästete die Nähe auf der Schwelle.

„Wie geht denn's Geschäft? Da drüben ist's ja 20 Prozent billiger!“

„Gott hilft schon.“

Held Primo.



Offizielles Bulletin:

„Trotz der drohenden Lebensgefahr verlor der Diktator nicht einen Augenblick die Geistesgegenwart.“

„Eine Pest ist es mit diesen Halsabschneidern! Sie sind nicht tot zu kriegen! Der Teufel steckt dahinter!“ dachte der Fragende.

„Wie soll man dich denn unterkriegen, Fomitschew?“

„Das müßt ihr besser wissen!“ antwortete Fomitschew.

Als dann die Behörden den Sturmangriff auf den Privathandel eröffneten, war Fomitschew's Ende allen offenbar.

(Schluß folgt.)

Eine neue biologische Theorie.

Von Dr. A. Wächter.

Es gibt zwei Arten des Idealstaates, einen demokratisch-sozialistischen und einen autoritären. Im ersteren denken wir uns jedes Individuum an seinem richtigen Platz, er wird nach seinen Fähigkeiten und Neigungen für die Gesamtheit verwendet, und jeder einzelne hat die Möglichkeit, im Gemeinwesen an jeder nur möglichen Stelle zu kommen. Jedermann trägt, wie der napoleonische Soldat, den Marschallstab in seinem Tornister, und das gibt auch dem, dessen Fähigkeiten nicht zum Feldmarschall ausreichen, das Bewußtsein, nicht durch Klassenurteile, ökonomische oder sonstige äußere Bedingungen und ähnliches am Emporkommen behindert zu sein, und er erfüllt der Gesellschaft gegenüber darum seine Pflichten auch in einer äußerlich weniger hervorragenden Stellung. — Im autoritären Idealstaat steht an der Spitze des Gemeinwesens ein König, ein Priester, oder eine kleine Gruppe von Aristokraten, und unter ihnen erfüllen die Angehörigen verschiedener Klassen ihre Staatspflichten. Eine Vermischung der Kräfte ist unmöglich, es gibt überall „gottgewollte Abhängigkeiten“ und „wer knecht ist, soll knecht bleiben.“ Jeder ist „von Natur“ dazu verdammt, für sich und seine Rindbeständer mit dem zufriedenen zu sein, was ihm selbst als „Schicksal“ in die Wiege gelegt worden ist.

Seit der Entdeckung der tierischen und pflanzlichen Zellen und seit der Aufstellung der Zellentheorie durch den Botaniker Schleiden und den Zoologen Schwann in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ist es allmählich dahin gekommen, daß jedes Schulkind heutzutage lernt: der Organismus besteht aus Zellen, jede Zelle hat einen Zellkern und Protoplasma und sie bildet die eigentliche physiologische Einheit; der Körper ist nichts weiter als eine Ansammlung von Zellen, die alle aus einer Eizelle hervorgegangen sind, und man bezeichnet jeden Körper, sei er Tier oder Pflanze, wenn er mehrzellig ist, als Zellenstaat. Die Beobachtung lehrt nun, daß nicht alle Zellen die gleiche Aufgabe haben, sondern daß wir es mit einer weitgehenden Arbeitsteilung zu tun haben. Gewisse Zellen im Körper der höheren Pflanzen bleiben dauernd teilungsfähig; aus ihnen entstehen die neuen Knospen, die neuen Wurzeln, neue Gefäße für die Wasserleitung und den Nahrungstransport, die grünen Wätter, kurz alle Organe, die irgendeine Arbeit zu leisten haben und damit unter normalen Umständen dann die Fähigkeit weiterer Teilung verlieren. Nun weiß aber jeder Gärtner und jede Blumenfreundin, daß man Stecklinge oder Ableger machen kann, d. h. wenn wir aus dem Gesamtverband einer Pflanze einen Teil herauslösen, so kann er sich zu einer neuen Pflanze entwickeln, weil irgendwelche Zellen zu Wurzeln auswachsen, die nicht entstanden wären, wenn eine Lostrennung des Stecklings nicht erfolgt wäre. Das wissenschaftliche Problem bestand nun darin, zu untersuchen, unter welchen Bedingungen derartige Regenerationen möglich sind. Man nahm dabei ganz stillschweigend an, daß theoretisch die Möglichkeit besteht, daß aus jeder Zelle unter den geeigneten Bedingungen eine neue Pflanze entstehen könne, weil ja alle Zellen von einer einzigen abstammen und somit bei der Zellteilung auch alle Bildungsstoffe von der Mutterzelle auf die Tochterzellen übergehen. Bis in die neueste Zeit hinein haben sich darum die Forscher bemüht, aus einer isolierten Zelle oder einer kleinen Zellgruppe bei künstlicher Ernährung Zellteilungen und Wachstum zu veranlassen mit dem Hintergedanken, es auf diese Weise doch einmal zu einer ganz neuen Pflanze zu bringen. Besonders, seitdem der Botaniker Abos Hansen in Gießen gezeigt hatte, daß ein Begoniablattstück aus einer einzigen Oberhautzelle hervorgeht, also aus einer ausgeprägten Dauerzelle, zweifelte eigentlich niemand mehr an der Möglichkeit der allgemeinen angenommenen Theorie von der Unmöglichkeit der Zelle. Die Botaniker hielten den Zellenstaat für einen durchaus demokratisch-sozialistischen in dem oben angegebenen Sinne, in dem also jeder Soldat seinen Marschallstab im Tornister trägt und jeder Arbeiter die Anwartschaft auf einen Ministerposten hat. Die Auffassung war so sehr demokratisch, daß man kaum einmal Einschränkungen dahin machte, daß vielleicht doch manche Zelle zu un-

begabt sei, um aus ihrem Dauerzustande herauszukommen. Man war viel eher geneigt, vergebliche Bemühungen einer unvollkommenen Experimentiermethode zur Last zu legen.

Nun kommt Professor Wiehe in Berlin und bezweifelt die Möglichkeit der Regeneration einer Pflanze aus der Einzelzelle, wenn diese nicht von vornherein dafür bestimmt ist. Er meint, die theoretische Einstellung der Botaniker läge im Grunde genommen an nichts anderem, als daß man an dem Dogma der Zellentheorie festhalte. Es gibt ja große Meeresalgen, die einzellig sind und dabei viele Kerne haben, die nicht durch Zellwände voneinander getrennt sind. Diese Algen haben nie recht in das Zellstaatschema hineingepaßt, und man mußte allerlei gewundene Erklärungs- oder Deutungsversuche machen, um die „Einzelligkeit“ dieser Meeresalgen mit der Zellentheorie in Einklang zu bringen. Wenn man den ganzen Plasmaleib einer Pflanze als eine Einheit betrachtet — in der Tat besteht ja auch eine Verbindung des Plasmas durch die Zellhöhlen hindurch — und die Zellwände gewissermaßen nur als Gerüst, dann wird man allerdings kaum auf den Gedanken kommen, aus irgendeinem Keim der Pflanze ein neues Individuum zu machen. Da bisher nicht der Beweis dafür erbracht ist, daß aus jeder Zelle eine neue Pflanze entstehen kann, so hält sich Professor Wiehe für berechtigt, anzunehmen, daß alle Zellen, die befähigt sind, aus sich heraus Neubildungen entstehen zu lassen, als solche vorher bestimmt, wenn auch nicht immer gekennzeichnet sind. Er nimmt an, daß schon gleich bei der Entwicklung, bei der Zellteilung das Plasma geschieden wird in solches, das zu Neubildungen befähigt und solches, das zu Dauerzellen, also zu anderen Zwecken bestimmt ist. Das Plasma, das die zu Neubildungen nötigen Stoffe enthält, nennt Wiehe Archiplasma, und die Zellen, die dieses Plasma enthalten, Archonten. Die anderen Zellen, die kein Archiplasma enthalten, sind die Ergoplasten, die Arbeitszellen. Aus ihnen ein Ganzes zu gestalten, ist von vornherein eine vergebliche Liebesmühe. In Fällen, wie bei der Begonie, wo aus einer scheinbaren Dauerzelle ein neues Individuum entstehen kann, spricht Professor Wiehe von Archiprarchonten, also von Zellen, die gewissermaßen im Vorborgenen Archiplasma enthalten. Beweisen läßt sich die Wiehe'sche Hypothese natürlich ebensowenig, wie die bisherige Annahme, aber Hypothesen und Theorien lassen sich niemals restlos beweisen, und wir haben uns schon längst daran gewöhnt, von „Arbeitshypothesen“ zu sprechen. Wenn durch eine Theorie oder Hypothese erreicht wird, daß eine Summe von Tatsachen einheitlicher erklärt werden kann als bisher, oder wenn eine Theorie Veranlassung zu neuen wissenschaftlichen Fragestellungen gibt, dann hat sie ihren Zweck erfüllt. — Was an der neuen Theorie allgemein interessant ist, das ist das Zurückgehen auf frühere Anschauungen, wie wir es von Zeit zu Zeit in der Wissenschaft immer wieder erleben. Auch in der Medizin ist man von der strengen Zelltheorie wieder abgekommen, und die Frage: Präformation oder Epigenese, Vorherbestimmung oder willkürliche Entwicklungsänderung wird immer wieder aufgeworfen wie die Frage nach dem freien Willen oder der Prädestination, nach der Kulturbeherrschung oder dem Schicksal. — Unsere gegenwärtige Zeit ist auf allen Gebieten geneigt, wieder einmal dem Schicksal alles in die Schuhe zu schieben und der menschlichen Vernunft und dem freien Willen zu mißtrauen, also ist es nicht zu verwundern, wenn der Zeitgeist auch in der theoretischen Naturwissenschaft zum Ausdruck kommt. Der Name Archiplasma kann zweierlei bedeuten: Urplasma oder herrschendes Plasma. Da Wiehe die das Archiplasma enthaltenden Zellen Archonten nennt, so scheint ihm doch wohl eine gewisse Herrschaft dieser über die Arbeitszellen vorzuschweben. — Die Archonten im alten Ägypten waren die Nachfolger der Könige, anfangs wurden sie aus den Reihen der Adelsgeschlechter gewählt, später konnte jeder Bürger aus der höchsten Steuerklasse zum Archonten gewählt werden, bis schließlich Aristides bewirkte, daß jeder athenische Bürger ohne Unterschied der Geburt und des Vermögens an die höchste Stelle gelangen konnte. Der Staat wurde also immer demokratischer, und vielleicht erleben wir es, daß zu einer anderen Zeit der Wiehe'sche Archontenstaat wieder zum ehemaligen Volkstaat wird. Aber in der Wissenschaft darf der Wunsch nicht Vater des Gedankens sein, und es ist sicher dem Verfasser des geistvollen und außergewöhnlich gut geschriebenen Buches nicht in den Sinn gekommen, daß Politik und Botanik überhaupt Zusammenhänge haben können. — Wenn man ein Buch, wie das Wiehe'sche*) liest, bedauert man, daß es weiteren Kreisen wegen der mangelhaften naturwissenschaftlichen Bildung verstoßen bleibt. Es müßte viermal so dick sein und eine Menge Abbildungen enthalten, wenn es jedermann verstehen sollte.

*) Das Archiplasma, Betrachtungen über die Organisation des Pflanzkörpers, von Dr. Hugo Wiehe, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin. Jena, Gustav Fischer, 1926.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Treffpunkte zur „Nie-wieder-Krieg“-Kundgebung heute abend:

Kolonnenbesuch: 7 Uhr Abmarsch vom Kolonnenplatz mit den Jungpionieren. ... Treffpunkte zur Kundgebung heute abend:

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

7. Kreis Charlottenburg. Die Genossen beteiligen sich heute, Mittwoch, abend an der Antikriegskundgebung der Arbeiterjugend auf dem Friedrichs-Ring.

13. Kreis Tempelhof, Marienbof, Marienfelde, Diktensfelde. Sonntag, den 3. August, ab 10 Uhr in der Diktensfelde, Beginn nachmittags 3 Uhr.

Heute, Mittwoch den 4. August:

- 36. Vst. Charlottenburg. 8 Uhr bei Herr. Konitz. 37. Vst. Charlottenburg. 8 Uhr bei Herr. Konitz. 38. Vst. Charlottenburg. 8 Uhr bei Herr. Konitz.

Morgen, Donnerstag, den 5. August:

- 39. Vst. 7 1/2 Uhr bei Herr. Konitz. 40. Vst. 7 1/2 Uhr bei Herr. Konitz. 41. Vst. 7 1/2 Uhr bei Herr. Konitz.

47. Vst. Am Sonntag, den 8. August, nachmittags 3 Uhr (Glas 2 Uhr), findet bei Herr. Konitz, Diktensfelde, in Treptow unsere Bannerweihe statt.

Frauenveranstaltungen:

- 1. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, den 4. August, nachmittags 4 Uhr. 2. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, den 4. August, nachmittags 4 Uhr.

Jungpionierklassen, heute, Mittwoch, den 4. August:

Spiegelgarnitur: 7 1/2 Uhr im Jugendheim des AdA, Belle-Alliance-Straße 7-10, Froben. ... Jungpionierklassen, heute, Mittwoch, den 4. August:

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

37. Vst. Charlottenburg. Wie uns erst jetzt bekannt wird, ist unser langjähriger Genosse ... Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Schönhafer Allee 10, Hof 2 Nr. 1. ... Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Landmannschaft des Schöneberg-Bezirks. Donnerstag, 5. August, abends 8 Uhr. ... Landmannschaft des Schöneberg-Bezirks.

95 JANDORF 95 WOCHE

Belle-Alliance-Straße ♦ Gr. Frankfurter Straße ♦ Brunnenstraße ♦ Kolbusser Damm ♦ Wilmersdorfer Straße

Advertisement for Jandorf 95 Week, listing various goods like socks, underwear, and household items with prices. Includes items like '1 Paar Strümpfe', '1 Herrenhose', '1 Paradedahntuch', etc.

Theater, Lichtspiele usw. Deutsches Theater, Berliner Theater, Residenz-Theater, Max Adalbert, Das Skel, Die Komödie, Die fliegende Leserin.

Theater des Westens, Kleines Theater, Casino-Theater, Was Liebe vermag, Komische Oper, Berlin ohne Hemd!, Satans Brautnacht!

Deutsches Künstler-Theater, Tagl. 8 1/2 Uhr, Der Nobelpreis, Yvonne, Rose-Theater, Olaf, Tragödie eines Sportlers.

Zoolog. Garten, Täglich ab 4 Uhr, Konzert, Aquarium, Tierkunst-Ausstellung, Krause-Pianos, la. Eiderfellkase.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Der Vorstand hat für unsere Wirtschaftliche in Dürrenberg einen ... August Pfeiffer, Hermann Grubert.

Musikinstrumente, Vienna Preiswert, Klaviermacher, Hermann Grubert, Kaufgesuche, Verschiedenes, Geldverkehr, Arbeitsmarkt, Stellenangebote.

Theater Königsplatz, Der Garten Eden, Komödienhaus, Singers Midglets Revue u. 'Toto', Rennen zu Koppelgarten.

Wintergarten, Reichshallen-Theater, Allabendlich 8 Uhr, Steintiner Sänger, Rennen zu Koppelgarten.

Am 8. August d. Js. Sonntag - Sonderfahrt nach der Insel Rügen mit dem beliebten Salonschnelldampfer 'NIXE'.

Hermann Grubert, Vorträge, Hermann Grubert, Hermann Grubert.

Möbel, Hermann Grubert, Hermann Grubert, Hermann Grubert.

Stellenangebote, Stellenangebote, Stellenangebote, Stellenangebote.